



Plenarprotokoll

59. Sitzung

Kiel, Montag, 29. April 2002

Zweiter Parlamentarischer Untersuchungsausschuss	4372
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1785	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 15/1803 (neu)	
Martin Kayenburg [CDU]	4372
Lothar Hay [SPD]	4377
Wolfgang Kubicki [FDP]	4381, 4408
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	4387
Anke Spoorendonk [SSW].....	4390
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	4395
Rainer Wiegard [CDU]	4401
Günter Neugebauer [SPD]	4403
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4407
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	4410
Beschluss Feststellung der Einsetzung des Untersuchungsausschusses	4413

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 22. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Ich habe diese Tagung gemäß § 46 Abs. 2 der Geschäftsordnung auf Antrag der Fraktion der CDU als außerordentliche Tagung einberufen. Die Einberufung ist ordnungsgemäß erfolgt. Das Haus ist beschlussfähig.

Erkrankt sind die Abgeordneten Frau Kleiner und Herr Plüschau. Ich wünsche beiden im Namen des Hauses gute Genesung.

(Beifall)

Beurlaubt sind die Abgeordneten Herr Jensen-Nissen, Frau Schümann und Herr Lehnert. Wegen dienstlicher Verpflichtung wird außerdem Herr Minister Dr. Rohwer abwesend sein.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben. - Die Bluttat von Erfurt am vergangenen Freitag hat uns alle tief erschüttert. Die Brutalität ebenso wie die Sinnlosigkeit dieses Verbrechens, durch das 17 Menschen an einem scheinbar ganz normalen Schul- und Arbeitstag um ihr Leben kamen, übersteigt unsere Vorstellungskraft und macht es schwer, wenn nicht unmöglich, unsere Empfindungen in Worte zu fassen.

Es drängen sich Fragen auf, Fragen, die nicht leicht zu beantworten sind und auf die schon gar nicht vor-schnell reagiert werden sollte. Aber, die Geschehnisse von Erfurt dürfen nicht ohne Antwort bleiben. Unsere ganze Gesellschaft ist dazu aufgerufen - und zuallererst diejenigen, die als Politiker in Bund und Ländern Verantwortung tragen.

Wir trauern um die Toten. Unser tiefes Mitgefühl gehört den Opfern und ihren Angehörigen. Wir werden um 11:05 Uhr die Sitzung unterbrechen und im Rahmen der bundesweiten Schweigeminute der Toten gedenken.

Meine Damen und Herren, die Frau Ministerpräsidentin hat mir mit Schreiben vom 16. April 2002 Folgendes mitgeteilt:

„Mit Ablauf des 15. April 2002 ist der Chef der Staatskanzlei, Herr Staatssekretär Klaus Gärtner, in den einstweiligen Ruhestand getreten. Aus diesem Grunde darf ich Ihnen mitteilen, dass ich auf Vorschlag der Landesregierung als seine Nachfolgerin Frau Ulrike Wolff-Gebhardt mit Wirkung vom 16. April 2002 zur Staatssekretärin ernannt und ihr die Funktion als Chefin der Staatskanzlei übertragen habe.“

Frau Wolff-Gebhardt, ich gratuliere Ihnen im Namen des Hauses und wünsche Ihnen für Ihre künftige Arbeit eine glückliche Hand und alles Gute.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Wir werden heute unter Einschluss einer einstündigen Mittagspause bis längstens 15:30 Uhr tagen. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Auf der Tribüne haben Besucherinnen und Besucher Platz genommen, und zwar Schülerinnen und Schüler der Realschule Raisdorf mit ihren Lehrkräften. Herzlich Willkommen!

(Beifall)

Ich rufe den einzigen Punkt der Tagesordnung auf:

Zweiter Parlamentarischer Untersuchungsausschuss

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1785

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 15/1803 (neu)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den Ereignissen von Erfurt ist es sicherlich schwierig, zum normalen Tagesgeschäft überzugehen. Ich glaube aber, dass wir als Politiker auch eine Verantwortung haben, unsere Arbeit zu machen, und die besteht heute darin, einen Untersuchungsausschuss, den wir beantragt haben, auf den Weg zu bringen. Ich bitte also um Verständnis, wenn wir trotz der schwierigen Ereignisse und trotz der Gemütslage, die sicherlich alle erfasst, in der heutigen Debatte auch ganz konkret die Dinge ansprechen, die uns veranlasst haben, diesen Antrag zu stellen.

Frau Simonis, Ihre Regierung hat aufgrund von Affären, Verstrickungen und Versagen bei der Kontrolle von Mitarbeitern Vertrauen verloren, Regierungsfähigkeit eingebüßt und Ansehen kontinuierlich verspielt. Mit unserem heutigen Antrag fordern wir die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der einen umfangreichen Arbeitsauftrag bekommen wird. Es geht um Rechtsverletzungen durch Mitglieder der Landesregierung und/oder durch Be-

(Martin Kayenburg)

schäftigte des Landes und es geht um Korruption, Bestechlichkeit und Filz.

Auch Schleswig-Holstein ist wieder in die Schlagzeilen geraten, nicht als Land mit prosperierendem Wirtschaftswachstum oder glänzenden Tourismusbilanzen, sondern als Land der Affären. Frau Simonis, dafür tragen Sie - unabhängig von möglichen eigenen Verstrickungen - die politische Gesamtverantwortung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Schleswig-Holstein hat es nicht verdient, mit negativen Nachrichten über Filz, Korruption und Bestechlichkeit bundesweit die Schlagzeilen zu beherrschen. Wenn es aber in einem Land eine solche Zusammenballung von Skandalen und Ungereimtheiten gibt, kann niemand ernsthaft verlangen, dass darüber hinweggesehen wird. Im Gegenteil, auch diesmal verdanken wir journalistischer Recherche die Aufdeckung von Sachverhalten und Hintergründen. Die Medien sind ihrer Verantwortung gerecht geworden. Dafür danke ich.

Frau Simonis, ich gebe Ihnen Recht, dass niemand vor krimineller Energie von Mitarbeitern gefeit ist, aber es geht in diesem Fall um mehr. Es geht um ein Klima von Burschikosität, von Küsschen-links-Küsschen-rechts Mentalität, Kumpanei und Klüngel, in dem sich diese Grauzonen erst entwickeln konnten.

(Beifall bei CDU und FDP - Konrad Nabel
[SPD]: Dummes Zeug!)

Ich will die skandalöse Chronik, die unseren Antrag begründet, versuchen nachzuzeichnen, wobei zur Stunde niemand sicher sein kann, dass sie vollständig ist.

Wie war das noch? - Im Januar 2002 taucht ein Prüfvermerk des Landesrechnungshofs auf, in dem dem Finanzministerium schwere Vorwürfe im Zusammenhang mit der Beschaffung eines **Kosten- und Leistungsrechnungssystems** der Firmen **debis/SAP** gemacht werden. Der Prüfvermerk des Landesrechnungshofs stellt Verstöße gegen das Haushalts- und Vergaberecht fest, die die Qualität von Gesetzesbrüchen haben. Im Zuge dieses unglaublichen Vorgangs wird ein Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Staatssekretär im Finanzministerium Dr. Lohmann wegen Bestechlichkeit eingeleitet.

Finanzminister Möller erklärt, er übernehme die politische Verantwortung - und dann wörtlich: Aber das war's dann. - Ich sage Ihnen heute, Herr Möller: Genau das war's eben nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie haben über einen langen Zeitraum versucht, dem Landtag beziehungsweise dem Finanzausschuss vor-

zugaukeln, dass es bei der Beschaffung des Kosten- und Leistungsrechnungssystems mit rechten Dingen zugegangen sei. Es bedurfte erst einer Prüfung des Landesrechnungshofes, um festzustellen, dass genau dies nicht der Fall war. Sie haben nicht genug zur Aufklärung getan. Warum haben Sie nicht sofort bei debis/SAP nachgefragt, als Sie dazu im Finanzausschuss im Januar dieses Jahres angeregt worden sind?

Es gab keine ordnungsgemäße Aktenführung und es gab keinen ordnungsgemäßen Vergabevermerk, nicht für den Beratungsauftrag und erst recht nicht für die Vergabe des Millionenauftrages an debis/SAP. Ich habe mich lange gefragt, wie so etwas eigentlich passieren kann. Für mich liegen zwei mögliche Motive auf der Hand.

Da sind zum einen die Beraterverträge selbst, die der damals zuständige Staatssekretär Dr. Lohmann abgeschlossen hat und die ihm dem Vernehmen nach einen Betrag von mehreren 100.000 € eingebracht haben sollen. Zum anderen kann ich mir aber auch gut vorstellen, dass die Entscheidung für debis/SAP insgeheim schon vor dem Vergabeverfahren gefallen war. Dann wäre das ganze **Vergabeverfahren** eine einzige Farce und die Vorspiegelung falscher Tatsachen gewesen. Ich würde mich nicht wundern, wenn es zum Beispiel einen Brief oder einen Vermerk aus der Staatskanzlei geben würde mit dem Hinweis, den Auftrag mit debis/SAP abzuwickeln.

Aber wie dem auch sei: Die Staatskanzlei war in jedem Fall an der Kabinettsentscheidung direkt beteiligt. Herr Möller hat nach der SAP-Präsentation den Auftrag vergeben und bis heute gibt es keine vernünftige Funktionskontrolle. Warum eigentlich, Herr Möller? Die Auftragsvergabe ist auch ein Beispiel dafür, wie durch die Einsetzung einer Projektgruppe notwendige Kontrollmöglichkeiten der Verwaltung ausgeschaltet und nicht genehme Gutachten kassiert werden.

Wie hat Generalstaatsanwalt Rex noch gesagt? Er sagte: Korruption wird erleichtert durch lasche Aufsicht. - Nun, in diesem Fall gab es gar keine Aufsicht. Die Aufsicht war nicht nur lasch, sondern sie war offensichtlich nicht gegeben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Auch hier haben wir in Ihrer Regierung, Frau Simonis, also einen Fall, in dem Kontrollen umgangen und damit Verantwortlichkeiten ignoriert worden sind. Auch dafür tragen Sie, Frau Simonis, die Verantwortung. Aber es kommt noch schlimmer. Am 28. Februar wurde im Finanzausschuss enthüllt, was heute unter dem Fall Pröhl bekannt ist, den Chef der Staatskanzlei den Job kostete und ein erschreckendes Licht auf die Zustände in Ihrer Staatskanzlei, Frau Simonis, warf und

(Martin Kayenburg)

noch wirft: Kumpanei, Klüngel und Kontrollverlust. Sie haben doch längst die Übersicht verloren oder weggeschaut, Frau Simonis!

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist nicht Aufgabe dieses Parlaments, die Handlungen eines Ihrer engsten Mitarbeiter rechtlich zu untersuchen. Wir haben volles Vertrauen in die Arbeit der Staatsanwaltschaft und der Gerichte. Was dieses Parlament allerdings aufklären muss, sind Widersprüche zwischen den verschiedenen Aussagen von Ihnen, Frau Simonis, und anderen Beteiligten sowie die Arbeit und Verantwortung der Beamten in der Staatskanzlei.

Meine Damen und Herren, in Schleswig-Holstein wiegen seit der Affäre der Jahre 1987/88 und seit dem Schubladenausschuss aus gutem Grund Lügen von Politikern schwerer als anderswo. Ich will Sie auch daran erinnern, dass ein SPD-Landesparteitag 1993 die „Eckernförder Erklärung“ beschlossen hat, in der es heißt, dass derjenige, der kriminelle Vorgänge von Parteimitgliedern deckt oder sie toleriert, nicht mehr auf die Solidarität der Partei zählen darf. - Unter Tolerieren ist auch Weggucken, ob bewusst oder durch Verzicht auf Kontrollmechanismen, zu verstehen.

Sie, meine Damen und Herren von der SPD, haben sich nach einiger Zeit des Zögerns voll hinter Frau Simonis gestellt. Damit tragen Sie auch Verantwortung für alles, was zu verantworten ist. Frau Simonis haftet für Gärtner, die SPD-Fraktion haftet inzwischen für Frau Simonis.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Fragen, die der **Untersuchungsausschuss** mit dem Komplex Pröhl aufklären muss, zielen vor allem auf das Handeln der **Staatskanzlei**, also des unmittelbaren Umfeldes der Ministerpräsidentin. Wir wollen wissen, wer welche Nebentätigkeiten ausübt oder ausgeübt hat und wie das Verfahren bei der Genehmigung von Nebentätigkeiten gewesen ist. Uns interessiert die Frage, ob es eine sorgfältige Kontrolle gegeben hat oder ob nach dem Motto verfahren wurde: Nun mach das mal. - Wir wollen auch wissen, wer von den Nebentätigkeiten wann wusste.

Mir fällt es einfach schwer zu glauben, dass die Ministerpräsidentin selbst erst im Februar 2002 von einer Nebentätigkeit ihres engen Mitarbeiters Pröhl erfahren hat, obwohl doch ihr engstes Umfeld schon seit Monaten genau Bescheid wusste. Aber bei einem Geburtstagsessen oder anderen Gelegenheiten redet man über so etwas natürlich nicht.

Sie, Frau Simonis, haben doch über Herrn Gärtner einen entscheidenden Satz gesagt, wobei Sie heute

wirklich noch einmal überlegen sollten, ob Sie ihn noch aufrechterhalten wollen. Unter anderem im „Hamburger Abendblatt“ und im „Spiegel“ vom 15. April werden Sie mit dem Satz zitiert: Wenn ich es gewusst hätte, hätte er es gewusst - und umgekehrt.

Dabei geht es um die **Nebentätigkeiten** von Herrn Dr. Pröhl, des Mannes, den Sie als Ihren besonderen Favoriten zum **EXPO-Beauftragten** gemacht haben und mit dem Sie am Abend Ihres Geburtstages 2001 gefeiert haben. Bis heute sind die verschiedenen Aussagen dazu völlig widersprüchlich. Einmal war dieses Essen ein Arbeitsessen über die Veräußerung eines Wikingerschiffes. Dann war es nach Aussagen Ihres Regierungssprechers eine Geburtstagsfeier mit einer größeren Zahl von Mitarbeitern, zu denen auch Herr Pröhl gehörte. Danach war es ein Arbeitsgespräch, bei dem es um die Betreuung von Sponsoren ging. Dann war es wiederum ein Arbeitsgespräch, bei dem es um beides ging und bei dem Frau Gärtner und Frau Pröhl abseits sitzen mussten. Schließlich war es ein Arbeitsessen auf Initiative von Herrn Gärtner, bei dem die Kosten aus Verfügungsmitteln der Staatskanzlei bestritten wurden.

Nachträglich hat Herr Gärtner die Kosten jetzt selbst übernommen, nachdem ihm aufgrund der öffentlichen Diskussion offenbar die Erkenntnis kam, dass interne Arbeitsessen nicht aus Steuergeldern bezahlt werden dürfen. Allerdings ist der Vorgang damit längst nicht geheilt. Warum strengen Sie eigentlich kein Disziplinarverfahren gegen Herrn Gärtner an? Die Finanzierung eines Geburtstagsessens aus dem Verfügungsfonds - das hat schon etwas! Eigentlich ist dieser Fonds doch für Härtefälle und Sondersituationen gedacht. Damit bekommt das Ganze für mich natürlich eine völlig andere moralisch-politische Dimension und auch hier stellt sich langsam die Frage nach der Kontrolle.

Meine Damen und Herren, aber ganz abgesehen davon, dass es sich mir nicht erschließt, warum die Ministerpräsidentin unseres Landes sich bei einem Abendessen um den Verkauf eines schwimmuntüchtigen Schiffsmodells kümmern muss, das jetzt seit fast zwei Jahren irgendwo herumliegt und das offensichtlich - bis auf die Stadt Kappeln - niemand haben wollte: Die Darstellung Ihres Geburtstagsessens, Frau Simonis, ist jedenfalls in sich nicht schlüssig. Ich hätte wenigstens erwartet, dass Sie Geburtstageinladungen selbst bezahlen.

(Beifall bei der CDU)

Aber auch das gehört wohl in die Kategorie der Verschiebung von moralisch-politischen Maßstäben. Die Geburtstageinladung oder meinetwegen auch dieses Essen im kleinen Kreis dokumentiert aber eindrucksvoll Ihre Nähe zu Herrn Pröhl, der ja wohl nicht ohne

(Martin Kayenburg)

Grund seine Frau mit einem Strauß Bauernrosen zu dem Meeting mitgebracht hat. Die Feier dokumentiert auch, wie in Ihrer Staatskanzlei private Treffen mit Dienstgeschäften verwoben sind. Anderswo nennt man so etwas schlicht Filz.

Das Wissen oder Nichtwissen um die Nebentätigkeiten von Dr. Pröhl ist aber nur die eine Seite der Medaille. Es gibt ja wohl keinen Zweifel daran, dass Ihr enger Mitarbeiter, der Ihr volles Vertrauen genoss, sich nebenbei Einnahmequellen erschlossen hat. Ich habe den Verdacht, dass seine Genossen in der Staatskanzlei dies nicht nur wussten, sondern auch tolerierten.

Dafür gibt es Verantwortlichkeiten. Einen Verantwortlichen gibt es immer, Frau Simonis. Und selbst wenn es keine im schuldrechtlichen Sinne Verantwortlichen gibt, trägt doch jemand die politische Verantwortung und die Verantwortung dafür, dass die Verantwortlichkeiten nicht klar geregelt sind und die Kontrollmechanismen nicht funktionieren. Dies wiegt umso schwerer, weil Staatssekretär Gärtner in Verwaltungsangelegenheiten als Stellvertreter der Ministerpräsidentin tätig wurde. Aber die letzte Verantwortung für alle Vorkommnisse in der Staatskanzlei tragen unstreitig Sie, Frau Simonis.

(Beifall bei der CDU)

Im Zusammenhang mit der Nebentätigkeit und den Nebeneinkünften von Herrn Pröhl werden wir auch die Vorgänge um den **Verkauf des Kieler Schlosses** aufarbeiten, wir werden die Einbindung des Finanzministeriums und der Leitung des Hauses, Herr Möller, genau zu prüfen haben und wir werden auch zu prüfen haben, ob und wie Staatssekretär Döring mit diesen Angelegenheiten befasst war und ob es da nicht doch möglicherweise auch eine gute Bekanntschaft zu Herrn Pröhl gegeben hat.

Genauso selbstverständlich werden wir auch den Komplex Bredeneek aufarbeiten. Auch dies wird zum Fall Pröhl dazugehören.

Meine Damen und Herren, dieser Geburtstagsabend ist jedoch nur ein Teilaspekt in einem Arbeitsumfeld Ihrer Staatskanzlei, Frau Simonis, in dem lukrative Nebentätigkeiten ebenso möglich waren wie völlig unklare Zuständigkeiten.

Wieso sich der für die EXPO zuständige Mitarbeiter, dessen konkrete Abrechnung immer noch fehlt - man fragt sich langsam, warum und was sich dahinter verbirgt -, zeitgleich um Gesundheitsprojekte im Nahen Osten kümmerte, welchen Nutzen das Land Schleswig-Holstein daraus ziehen sollte, wie und durch wen welche Dienstreisen genehmigt wurden, das alles ist - ich will es einmal vorsichtig formulieren - nebulös. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass in Ihrer Staats-

kanzlei, Frau Simonis, Grauzonenmentalität und Genossengutdünken vorherrschen. Das schadet dem Land und dem Ansehen der Politik.

Sie, Frau Simonis, sind in Ihrer Staatskanzlei Ihrer Vorbildfunktion in keiner Weise gerecht geworden. Ich nehme Ihnen auch nicht ab, dass Sie erst von den Nebentätigkeiten des Herrn Pröhl erfahren haben, als die ganze Geschichte am 20. Februar 2002 hochkochte. Sie wussten doch offenbar von Verbindungen der Herren Brückner und Pröhl. Sie billigten doch sogar Reisen der beiden Herren in den Nahen Osten und Sie lobten doch Herrn Pröhl für seine Aktivitäten, die zweifellos auch im Zusammenhang mit geschäftlichen Interessen des Herrn Brückner standen. Es widerspräche jeder Lebenserfahrung und wäre mehr als naiv, wenn Sie davon nichts gemerkt haben sollten. Frau Simonis, mich erinnert dieses Bild der Staatskanzlei in bedenklicher Weise an Zustände, die schon im Rohwer/Mantik-Untersuchungsausschuss beschrieben wurden. Die rechte Hand wusste angeblich nicht, was die linke tat. Ein BeStra-Vermerk wurde auf ungewöhnliche Weise aus den Räumen der Staatskanzlei entnommen und niemand im Regierungslager regte sich darüber auf.

Nun warten wir dank der ruhigen Hand des Ausschussvorsitzenden Holger Astrup zwar immer noch auf den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses Rohwer/Mantik, aber es kann doch keinen Zweifel daran geben, dass auch diese Affäre beweist, wie schlecht der Ihnen unmittelbar zugeordnete und zuarbeitende Regierungsbereich funktioniert und organisiert ist und man bewusst die Dinge verzögert und so versucht, Sie, Frau Ministerpräsidentin, politisch zu schützen.

Eine Staatskanzlei, Frau Simonis, lebt natürlich auch von der Kreativität ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zumindest bei einem Mitarbeiter scheint sich die Kreativität jedoch auf die Erschließung zusätzlicher Einnahmequellen konzentriert zu haben. Und Sie wussten mal wieder nichts davon. Das kann Ihnen doch ernsthaft bald niemand mehr abnehmen!

(Beifall bei der CDU)

Und eines ist besonders auffällig: In dem inzwischen so genannten Fall Pröhl haben sie immer nur so viel zugegeben, wie schon bekannt war. Das ist die übliche Taktik von Ihnen. Und wenn jetzt die SPD-Fraktion an Herrn Gärtner appelliert, reinen Tisch zu machen und alles zu sagen,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

dann will ich diesen Appell gleich an Sie weiterleiten. Sie stehen hier genauso wie Herr Gärtner in der Verantwortung. Genauso, wie Herr Gärtner alles auf den

(Martin Kayenburg)

Tisch legen soll, sind auch Sie aufgefordert, reinen Tisch zu machen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Auch Sie, Frau Simonis, müssen Ihre Kenntnisse rückhaltlos offen legen. Auch Sie werden uns sagen müssen, was Sie über wen zu welchem Zeitpunkt gewusst haben, nachdem die Korruptionsvorwürfe gegen Mitarbeiter Ihrer Staatskanzlei öffentlich wurden. Ihr bisheriges Krisenmanagement ist jedenfalls weit von Offenheit entfernt. Die Salamitaktik ist unübersehbar. Zugegeben wird nur, was durch Recherche von Journalisten und Politikern schon bekannt ist.

Klaus Gärtner und Heide Simonis, das war doch das politische Traumpaar dieser Landesregierung seit 1988. Zuerst im Finanzministerium und dann, nach dem Rücktritt Engholms wegen einer Lüge, auch in der Regierungszentrale. Sie haben doch mit Klaus Gärtner über all die Jahre so eng zusammengearbeitet, dass kein Blatt Papier zwischen Sie beide passte. Und dass Klaus Gärtner von den Nebentätigkeiten des Herrn Pröhl wusste, bezweifelt doch ernsthaft noch nicht einmal Ihre eigene Fraktion. Wer soll Ihnen denn eigentlich noch glauben, dass Herr Gärtner Sie nicht informierte?

Schon im Vorfeld des Untersuchungsausschusses läuft doch jetzt in der Staatskanzlei so etwas wie „Räuberschach“. Herrn Pröhl haben Sie entlassen. Das Thema Arbeitsgericht werden wir sicherlich noch an anderer Stelle aufarbeiten müssen; da sind die handwerklichen Fehler ja unübersehbar und es ist spannend, was da von den Anwälten des Herrn Pröhl inzwischen auch vorgetragen worden ist. Und Herr Gärtner musste inzwischen gehen. Damit standen zwei Schuldige fest und Sie, Frau Simonis, versuchen, sich so zu retten.

Ich sage Ihnen voraus, Frau Simonis, dieses Spiel mit zwei Bauernopfern werden Sie nicht gewinnen. Sie werden die Verantwortung übernehmen müssen für eine schlampige Verwaltungsführung in der Staatskanzlei und Sie werden nicht wie Frau Erdsiek-Rave bei dem 35-Millionen-Loch so einfach davon kommen. Zu viel ist in Ihrer Amtszeit passiert.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Computer-Affäre und der Fall Pröhl, aber auch die Affäre Rohwer/Mantik sind typisch für Ihre Regierung. Sie stehen für die Arroganz der Macht, für den Glauben, man könne das Parlament täuschen, und für die Hybris einer Regierung, die zu lange im Amt und verbraucht ist.

Sie scheinen vergessen zu haben, Frau Simonis, dass Regierungsämter in der Demokratie immer nur auf

Zeit vergeben werden. Nur wer glaubt, dass das Land ihm gehöre, leistet sich eine Regierungszentrale, in der Kontrolle durch kumpelhaftes Miteinander ersetzt wird.

(Unruhe und Zurufe von der SPD)

Keine dieser Affären wäre möglich gewesen, wenn es eine wirksame und ernsthafte **Kontrolle** innerhalb der **Regierung** gegeben hätte.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das geschieht doch im Parlament! Sie haben doch im Finanzausschuss immer geschlafen, wenn es um Geld ging! Geschlafen haben Sie! Keine einzige kritische Frage!)

Wo jedoch Hierarchien durch das Genossen-Du und durch Gutdünken ersetzt werden, ist der Grundstein für Filz und Schlamperei schon gelegt.

(Beifall bei der CDU)

Das sieht man in Köln und das ist auch in Schleswig-Holstein ganz genauso. Ich warte gespannt darauf, wann die Grünen ihrem hohen moralischen Anspruch gerecht werden, den sie wie ein Banner vor sich hertragen, Frau Heinold.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Dass Sie, Frau Simonis, sich übrigens ausgerechnet Herrn Müntefering als Zeugen für die Rückendeckung Ihrer Bundespartei ausgesucht haben, spricht in diesem Zusammenhang für sich.

(Heiterkeit bei der CDU)

Dessen Aussagen vor dem Berliner Parteispendenausschuss stehen wegen ihres Wahrheitsgehaltes im Zwielficht. Und dieser Mann bürgt für Sie in Schleswig-Holstein. Da haben Sie nun wirklich den Bock zum Gärtner gemacht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren! Der Zweite Parlamentarische **Untersuchungsausschuss**, der heute vom Landtag eingesetzt wird, hat politische Affären aufzuklären, die in ihrer Dimension noch gar nicht endgültig zu erfassen sind. Der Landtag befasst sich mit Korruptionsvorwürfen, die Zentralbereiche der Regierung betreffen. Und sie betreffen das direkte Umfeld der **Ministerpräsidentin**. Das gibt dem Ganzen eine besondere Qualität.

Die CDU-Landtagsfraktion setzt bei dem einzusetzenden Untersuchungsausschuss auf Sorgfalt, aber auch auf Schnelligkeit. Wir sind sicher, dass wir einen seriösen Weg eingeschlagen haben. Schnelligkeit und Sorgfalt stehen für uns bei jeder Aufklärung ganz

(Martin Kayenburg)

oben. Es ist Zeit zum Aufklaren in Schleswig-Holstein und wir warten gespannt, wie Sie - SPD und Grüne - sich dieser Verantwortung stellen wollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich das Wort erteile, begrüße ich in der Loge unseren ehemaligen Kollegen und Minister a.D., Herrn Bendixen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hay das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit zwei Vorbemerkungen beginnen, mit denen ich mich direkt auf das beziehe, was der Herr Oppositionsführer im hohen Hause gesagt hat. Ich glaube nicht, dass das Ansehen der Politikerinnen und Politiker dadurch gesteigert wird, dass wir in Parlamentsdebatten mit Vermutungen und Spekulationen operieren. Zurzeit ermittelt in beiden von Ihnen angesprochenen Fragekomplexen noch die Staatsanwaltschaft. Anklage wurde noch nicht erhoben. Dies sollten wir in den Beratungen als Tatsache zur Kenntnis nehmen und abwarten, zu welchem Ergebnis die Gerichte kommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die CDU-Fraktion hat am 12. April einen Antrag zur Einsetzung eines Zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vorgelegt. Mit der Vorlage des neuen Antrags zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses ist der Untersuchungsauftrag deutlich erweitert worden. Ging es im Ursprungsantrag vor allem um die Hintergründe der Auswahl eines Mittelbewirtschaftungs- und Kostensystems für die Landesverwaltung durch das Finanzministerium, so geht es jetzt zusätzlich noch um die Fragen zur Affäre Pröhl. Was den Komplex der Fragen zu debis/SAP betrifft, so wird mein Kollege Günter Neugebauer darauf später noch im Detail eingehen. Die CDU-Fraktion hat den Auftrag so gestaltet, dass nicht nur der Fall Pröhl in den Vordergrund gerückt wurde, sondern durch eine Unbestimmtheit des Untersuchungsauftrags viele weitere Punkte angesprochen werden können. Auf diese Unbestimmtheit werde ich später noch zurückkommen.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Das wurde auch Zeit!)

Der Zweite Parlamentarische Untersuchungsausschuss nimmt seine Arbeit zu einer Zeit auf, in der Skandale auf unterschiedlichste Weise das Vertrauen in Politik

und Politikerinnen und Politiker beschädigt haben. SPD-Mitglieder in Köln haben mit Vorsatz gegen das bestehende Parteiengesetz verstoßen, um für die eigene Partei finanzielle Vorteile zu erreichen. Auch der Hinweis, dieses Geld sei nicht in die eigene Tasche geflossen, wirkt jämmerlich. Die Tatsache, dass sich offenbar auch ein Bonner CDU-Politiker erheblich bereichert hat, erleichtert die Situation für uns Sozialdemokraten in keiner Weise.

Im Zusammenhang mit der Spendenaffäre der CDU im Jahre 2000 habe ich die CDU damals aufgefordert, alle Fakten und Informationen auf den Tisch zu legen, weil nur so Vertrauen zurückgewonnen werden könnte. Diese Forderung habe ich im Jahre 2000 auch an die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen gerichtet. Damals gab es dort die Flugzeugaffäre. Diese Forderung gilt heute mehr denn je, denn ich bin der Überzeugung, dass sich aus den aktuellen Vorfällen keine Partei einen langfristigen Vorteil wird erhoffen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Glaubwürdigkeit der Parteien wird insgesamt verlieren. Stattdessen müssen wir alle Kraft dafür einsetzen, damit die Menschen sich nicht grundsätzlich von Politik abwenden und bei anstehenden Wahlen mit Wahlenthaltung reagieren oder sich rechten Rattenfängern zuwenden. Das Scheitern der Schill-Partei in Sachsen-Anhalt ist für mich ein richtiges Zeichen. Wir sollten uns aber vor Sorglosigkeit in jeder Form hüten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Maßstäbe, die für alle anderen gelten, müssen zuallererst für die Politik gelten. Sie können und dürfen nicht nach Belieben gedehnt, gestreckt und erweitert werden, wie es gerade für das eigene und das vermeintliche Interesse der Partei nutzbar gemacht werden kann. Was im Jahre 2000 stimmte, stimmt auch heute. Viele Tausend ehrenamtliche Politikerinnen und Politiker engagieren sich am Feierabend und darüber hinaus für kommunalpolitische und parteipolitische Arbeit vor Ort und dürfen nicht in ungerechtfertigter Weise an den Pranger gestellt werden.

Korruption ist kein Kavaliersdelikt. Allerdings müssen wir uns davor hüten, anstatt des nötigen Beweises schon den Anschein - anstelle des Beweises - gelten zu lassen. Fakt ist: Wer auch immer in diesen Zeiten in den Medien mit dem Begriff Korruption in Verbindung gebracht wird, ist mit einem Kainsmal ausgestattet, auch wenn sich später die Unschuld erweisen sollte. Diese interessiert die Medien und die Öffentlichkeit kaum noch.

(Lothar Hay)

Vertrauen in Politik kann nur durch positive Vorbilder wieder hergestellt werden. Wenn Politik ein Spiegelbild der Gesellschaft sein sollte, dann ist unsere deutsche Gesellschaft auf einem gefährlichen Weg. Dieser Hinweis darf allerdings nicht als Entschuldigung gelten. An uns werden andere Ansprüche gestellt. Wir sollten alles dafür tun, auch in der Politik einer um sich greifenden Raffke-Mentalität eine neue Verantwortung für das Gemeinwohl entgegenzustellen. Ich glaube, das ist der richtige Weg, um den Menschen wieder mehr Vertrauen in die Politik und die Politikerinnen und Politiker zu geben.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Bundestag ist ein verschärftes **Parteiengesetz** verabschiedet worden. Das ist gut so, obwohl ich ganz offen bekenne, dass ich mir noch mehr gewünscht hätte.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Es ist jedoch kein Ersatz für ein verändertes Verhalten, welches eine gesellschaftliche Umkehr bei den Menschen bewirken kann. Wir haben eine entscheidende Verantwortung und wir müssen sie wahrnehmen. Wenn dieser **Untersuchungsausschuss** dazu einen kleinen Beitrag - vielleicht auch in der Form des Umgangs mit Themen und Personen - leisten kann, dann wäre schon einiges erreicht. Was die SPD von ihren eigenen Parteimitgliedern erwartet, hat sie im Mai 1993 in der so genannten Eckernförder Erklärung festgelegt. Diese gilt mit ihrer Forderung nach gründlicher **Aufklärung** von Sachverhalten auch heute noch. Diese Forderung gilt sowohl für Nicht-Parteimitglieder als auch für die Mitglieder anderer Parteien.

In ihrer Pressekonferenz vom 12. April hat die CDU deutlich gemacht, dass die Fragen um die Vorgänge um Dr. Pröhl in der Bearbeitung des Untersuchungsausschusses nach vorn gezogen werden sollen. Nach Darstellung der CDU erscheinen sie ihr brisanter als debis/SAP und die anderen Sachverhalte. Damit haben wir gerechnet. Aus politischer Sicht kann ich dies nachvollziehen und verstehen.

Ganz offensichtlich sind die Fragen, die zurzeit von der Staatsanwaltschaft untersucht werden, aus dem Blickwinkel der Opposition im Untersuchungsausschuss weniger interessant. Im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss wird es unter anderem um die Frage gehen, wer wann von den Nebentätigkeiten und kriminellen Aktivitäten Dr. Pröhls gewusst hat. Damit einher geht die Frage, ob Kontrollmechanismen in der Staatskanzlei nicht funktioniert haben. Mit Blick auf die vor uns liegenden Wahlentscheidungen in den

nächsten zwölf Monaten möchte ich für meine Fraktion eine klare Grenze ziehen, die heißt: Aufklärung ja, Wahlkampf nein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist nicht zu bestreiten, dass das Parlament und die Öffentlichkeit ein Recht darauf haben, alle aufgeführten Fragen - auch im Fall Dr. Pröhl - geklärt zu bekommen. Gleichzeitig ist aber unbestreitbar, dass Parlamentarische Untersuchungsausschüsse eben nicht nur der Aufklärung, sondern auch den politischen Interessen derjenigen dienen, die sie beantragen. Es geht nicht nur um die Untersuchungsgegenstände, die im entsprechenden Antrag formuliert werden, sondern es geht immer auch um den politischen Rahmen, in dem sich ein Untersuchungsausschuss bewegt. Diese Interessenlage werden wir ebenfalls im Auge behalten.

Wenden wir uns für einen Moment dem aus Sicht der CDU brisanteren Komplex des Untersuchungsauftrages zu. Dr. Karl Pröhl, der am 12. März von der Ministerpräsidentin fristlos entlassen wurde, hat drei Wochen wegen Verdunkelungsgefahr in Untersuchungshaft verbracht. Er steht unter dem Verdacht der Steuerrückzahlung, des Kreditbetrugs und der Bestechlichkeit.

Im Mittelpunkt steht der Verdacht, dass er im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Vermarktung und der Sanierung von Schloss Bredeneek bei Plön zusammen mit anderen mit vorgetäuschten Belegen und Scheinrechnungen bei einem Hamburger Kreditinstitut Darlehensbeträge von mehr als 6 Millionen DM erschlichen haben soll.

Daneben gibt es den Vorwurf, dass Provisionen bei dem Inhaberwechsel einer Tischlerei an Herrn Dr. Pröhl geflossen sein sollen. Gleichzeitig untersucht die **Staatsanwaltschaft** die Beteiligung von Dr. Pröhl an den Verkaufsverhandlungen des **Kieler Schlosses**.

Wichtig für uns in der SPD-Fraktion ist es, dass auch sämtliche Vorgänge im Zusammenhang mit der **EXPO 2000** noch einmal gründlich unter die Lupe genommen werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Ich meine damit: Wer hat Aufträge für EXPO-Projekte erhalten? Welche Ausschreibungen hat es dafür gegeben? Wer hat diese Projekte unter anderem gesponsert?

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Lothar Hay)

Ein weitere Komplex ist in Schleswig-Holstein kaum in den Blick der Öffentlichkeit geraten. Dies sind die Geschäfte der Herren Brückner und Pröhl und ihrer gemeinsamen Firmen mit dem **Deutschen Orden**. Die Beziehungen zwischen dem Deutschen Orden und der Bayerischen Staatsregierung werden seit einigen Wochen von einem Untersuchungsausschuss im Bayerischen Landtag bearbeitet.

Pröhl und Brückner sollen gemeinsam mit dem Deutschen Orden in Deutschland und im arabischen Raum Projekte mit einem Umfang von weit über 1 Milliarde DM geplant haben. In welchen Zusammenhängen diese Aktivitäten mit Vorhaben in Schleswig-Holstein standen, muss ebenfalls geklärt werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sollten sich die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft auch nur zum Teil bestätigen, so entsteht hier das Bild eines Herrn Dr. Pröhl, der über mehrere Jahre ein Doppelleben geführt hat. Wenn man ein Doppelleben führt, will man einen Teil seines Lebens vor anderen verbergen.

Auf der einen Seite war er EXPO-Beauftragter und von der Staatskanzlei mit Fragen des Wellnessbereichs betraut, auf der anderen Seite hat er als Kommanditist und Vorstandsmitglied von mehreren Unternehmungen möglicherweise seine eigenen Geschäfte durch Ausnutzung seiner beruflichen Position angebahnt. Mit I-Bank, Staatskanzlei und EXPO im Hintergrund ist es zu einer erheblichen Ausnutzung einer Vertrauensfunktion gekommen.

Im Zusammenhang mit der Beschäftigung der Ehefrau des ehemaligen Chefs der Staatskanzlei Klaus Gärtner auf Stundenbasis bei einem EXPO-Projekt wird der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion, Wolfgang Kubicki, mit den Worten zitiert: „... ist es kein Wunder mehr, dass in einer solchen Atmosphäre der Selbstbedienung schwächere Charaktere auch zu kriminellen Handlungen übergegangen sind.“

Herr Kubicki, Ihre Äußerung lässt für mich zumindest Zweifel an Ihrem Verständnis unseres Rechtsstaates aufkommen.

(Lachen bei CDU und FDP)

Hören Sie bitte genau zu! Wir sollten bei dem Aufklärungswillen beachten, dass es einen **Rechtsstaat** zu achten gibt. Hier geht es auch um die Grundrechte von Menschen, die wir zu beachten haben. Wir dürfen Sie nicht nur in Interviews irgendwie infrage stellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und FDP)

Sie machen hier den Versuch, nicht nur mögliche kriminelle Aktivitäten von Herrn Pröhl in direkten Zusammenhang mit der Staatskanzlei zu rücken, sondern unterstellen auch, dass Pröhls Aktivitäten möglicherweise durch das dortige Umfeld erst ausgelöst worden sind.

Sie selbst, Herr Kubicki, wissen genauso gut wie ich, dass es bei den Vorwürfen gegen Herrn Dr. Pröhl nicht um jemanden geht, der durch besondere Umstände dazu verführt worden ist, im Supermarkt in das Regal zu greifen, sondern um jemanden, der aufgrund einer Energie, die nicht dem Gesetz entspricht, eine Vertrauensstellung ausgenutzt hat. Sonst würden wir uns mit diesen Vorgängen nicht beschäftigen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Woher wissen Sie das alles? Tolles Staatsverständnis! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Vor diesem Hintergrund hat es mich schon schockiert, dass Karl Pröhl von Teilen der Medien als vertrauenswürdiger Zeuge gegen die Ministerpräsidentin akzeptiert wurde, nachdem sich die Gefängnistore gerade wegen Verdunklungsgefahr hinter ihm geschlossen hatten.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Aha! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Aha! - Dr. Johann Wadephul [CDU]: Der Zweck heiligt die Mittel! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Es wurde also nicht die eigentlich angebrachte Frage gestellt, ob vielleicht Dr. Pröhl nicht die Wahrheit gesagt hat, nein, die Aussagen von Heide Simonis wurden mit Unterstützung des scheinbar ehrbaren Zeugen Dr. Pröhl infrage gestellt. Es darf nicht hingenommen werden, dass in den Medien Verkaufszahlen und Einschaltquoten wichtiger sind als eine faire und objektive Berichterstattung über die zugrunde liegenden Sachverhalte.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Klaus Schlie [CDU]: Skandalös! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Für die SPD-Fraktion kann ich sagen: Wir werden **Ministerpräsidentin** Heide Simonis bei jedem Versuch Dritter, mögliche kriminelle Handlungen von Dr. Pröhl mit ihr in Verbindung zu bringen, den Rücken stärken.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für den Teil der Affäre, der die Landesregierung berührt, hat der Chef der Staatskanzlei, Klaus Gärtner, die Verantwortung übernommen. Das ist auch richtig so.

(Lothar Hay)

In einer gemeinsamen Erklärung haben der SPD-Landesvorsitzende Franz Thönnies und ich deutlich gemacht, dass wir an Klaus Gärtner die Erwartung haben, dass alle Informationen im Zusammenhang mit der Person Dr. Pröhl jetzt auf den Tisch gelegt werden, so unwichtig sie im Moment auch erscheinen mögen, und zwar vollständig und unverzüglich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die SPD-Fraktion hat heute ergänzende Fragen zum Komplex der Einbeziehung und Beteiligung des Landesrechnungshofs in das gesamte Verfahren debis/SAP gestellt. Wir sind der Auffassung, dass der **Landesrechnungshof** im gesamten Verlauf eine wichtige und nicht zu vernachlässigende Rolle gespielt hat, die ebenfalls Berücksichtigung finden muss.

Wir haben bereits in der Geschäftsordnungsdebatte am 20. März 2002 deutlich gemacht, dass wir selbstverständlich das Recht der Minderheit akzeptieren. Gleichwohl möchte ich einige grundsätzliche verfassungsrechtlich begründete Bedenken hinsichtlich der Formulierung Ihres Antrages äußern.

Dass die parlamentarische Minderheit einen Antrag sogar gegen den Willen der Mehrheit durchsetzen kann, stellt eine absolute Ausnahme vom demokratischen Prinzip der Mehrheitsentscheidung dar. Deshalb ist die Minderheit gefordert, bei der Wahrnehmung dieses Rechts in besonderem Maße darauf zu achten, dass ihr Minderheitsantrag die sonstigen verfassungsrechtlichen Vorgaben einhält.

Zu diesen Vorgaben zählt insbesondere das Bestimmtheitsgebot, dessen Einhaltung nicht nur durch den § 3 des Untersuchungsausschussgesetzes gefordert wird, sondern bereits im Rechtsstaatsprinzip des Artikels 45 der Landesverfassung verankert ist.

Der **Auftrag des Untersuchungsausschusses** muss nämlich hinreichend genau gefasst sein. Dies gilt vor allem deshalb, weil der Untersuchungsausschuss nur ein Hilfsorgan des Parlaments ist und ausschließlich das Parlament als Ganzes über den Untersuchungsausschuss zu entscheiden hat.

Dies setzt voraus, dass zum Zeitpunkt der Entscheidung jedem Mitglied des Landtages im Wesentlichen klar ist, was Gegenstand der Arbeit des Untersuchungsausschusses werden wird. Noch wichtiger ist aber die genaue Fassung deshalb, weil der Untersuchungsausschuss bei seiner Arbeit öffentliche Gewalt ausüben wird. So wird er unter anderem Auskunftspersonen vernehmen.

Wenn ein Untersuchungsausschuss zur Beweisaufnahme Auskunftspersonen befragt, so stellt dies auf

jeden Fall einen hoheitlichen Eingriff in deren Grundrechte dar. Dies hat der Baden-Württembergische Staatsgerichtshof bereits im Jahr 1991 ausdrücklich festgestellt. Jeder Grundrechtseingriff muss gerechtfertigt sein.

Als Rechtfertigung reichen weder die verfassungsrechtlichen Bestimmungen des Artikels 18 der Landesverfassung noch die Vorschriften des Untersuchungsausschussgesetzes und der Strafprozessordnung aus. Denn sowohl die Landesverfassung als auch das Untersuchungsausschussgesetz verlangen, dass die Beweiserhebung durch den Untersuchungsauftrag „geboten“ sein muss.

Nur ein exakt gefasster Untersuchungsauftrag wird wegen der Ausübung hoheitlicher Gewalt vom Verteidigungsrecht bis hin - das wissen einige nicht - zu Maßnahmen der Aussageerzwingung den juristischen Anforderungen an die Arbeit des Untersuchungsausschusses genügen können.

Der Antrag der CDU-Fraktion hat in dieser Hinsicht deutliche Schwächen. Da ist von „sonstigen Fehlverhalten“ neben Rechtsverletzungen die Rede. Es soll erforscht werden, wo dieses „sonstige Fehlverhalten“ bei „sonstigen Aktivitäten“ von „Beschäftigten des Landes“ neben Vergabeverfahren, Vermögensverfügungen oder Nebentätigkeiten aufgetreten sein könnte.

Nun lassen Sie mich einmal überspitzt formulieren: Nach dem Wortlaut Ihres Antrages wird zum Beispiel die Vernehmung eines Mitarbeiters aus dem Umweltministerium möglich, wie oft er falsch geparkt hat.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von der CDU)

Lassen Sie uns diese Prinzipien nicht einfach so auf die leichte Schulter nehmen. Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern: Vor kurzem hat das Bundesverfassungsgericht eindeutig etwas im Fall Nilius entschieden. Das sollte uns Mahnung genug sein, den Untersuchungsgegenstand sorgfältig zu formulieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Folge dieser mangelnden Präzision könnte sein, dass Personen außerhalb des Parlaments und des Regierungsapparats, auf deren Auskünfte der Untersuchungsausschuss angewiesen sein könnte, bei bestimmten Fragen die Auskunft verweigern und darauf verweisen könnten, dass die jeweilige Frage nicht vom Untersuchungsauftrag gedeckt sei.

Eine möglicherweise folgende Entscheidung von dem Verwaltungsgericht im Sinne der Auskunftsperson wäre durchaus möglich. Damit wäre einer umfangrei-

(Lothar Hay)

chere Sachaufklärung aus meiner Sicht ein deutlicher Schaden zugefügt. Unsere Auffassung sehen wir durch ein aktuelles Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages bestätigt.

(Zuruf von der CDU)

Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, haben es zu verantworten, dass der Untersuchungsausschuss von Anfang an die Möglichkeit zur Behinderung seiner Arbeit in sich trägt. Wir hätten uns gewünscht, dass hier etwas mehr Sorgfalt von Ihrer Seite aus vorgetragen worden wäre.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Dennoch werden wir unsere Zustimmung nicht verweigern. Schließlich können und wollen wir an dieser Stelle nicht auch noch die Arbeit der Opposition mit erledigen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen. Erstens. Wir stimmen dem Antrag der CDU zu, weil wir an der Aufklärung aller Punkte, die angesprochen werden sollen, nachdrückliches Interesse haben.

Zweitens. Die SPD-Landtagsfraktion ist trotzdem der Überzeugung, dass die aufgeworfenen Fragen auch in den dafür vorgesehenen parlamentarischen Gremien hätten aufgearbeitet werden können. Ich verweise auch darauf, dass ohnehin die Staatsanwaltschaften in beiden Fällen noch ausführliche Ermittlungen leisten.

Drittens. Wir erwarten von allen, die zur Klärung noch offener Fragen beitragen können, dass Sie Ihre Informationen umgehend und vollständig auf den Tisch legen.

(Zuruf von der CDU: Das hoffen wir auch!)

Viertens. Wir wenden uns geschlossen gegen alle Versuche, das Ansinnen der Ministerpräsidentin böswillig zu beschädigen.

(Beifall bei der SPD)

Fünftens. Heide Simonis hat das volle Vertrauen der SPD-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU:
Das wissen Sie heute schon?)

Meine Damen und Herren, die Selbstreinigungskraft der Demokratie steht zurzeit an vielen Stellen auf dem Prüfstand. Dies gilt immer für die jeweilige Regierung ebenso wie für die Opposition. Ich hoffe, dass es uns gelingt, die aufgeführten Fragestellungen nicht nur zu klären, sondern dies auch in einer Weise zu tun, die unserer parlamentarischen Demokratie angemessen ist

und wieder mehr Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes und darüber hinaus in die Arbeit der Politik bringt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt beim SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Schleswig-Holsteinische Landtag ist der Ministerpräsidentin beziehungsweise der Landesregierung außerordentlich „dankbar“, dass wir uns mit dem Innenleben der Regierung und den herzlichen persönlichen Beziehungen untereinander im Regierungsapparat beschäftigen müssen und nicht mit den wirklichen Problemen der Menschen in diesem Lande. Die Bürgerinnen und Bürger des Landes Schleswig-Holstein haben einen Anspruch darauf und wollen es auch wissen, von wem und vor allem wie sie wirklich regiert werden.

Dank der weitsichtigen Entscheidung der CDU-Fraktion dieses Hauses, erst heute den Einsetzungsbeschluss für den Zweiten Parlamentarischen **Untersuchungsausschuss** zu fassen, sind wir in den vergangenen Wochen einer regelrechten Flut von Informationen ausgesetzt worden, wie Regierungsarbeit in Schleswig-Holstein unter Führung der Ministerpräsidentin Heide Simonis organisiert wurde und wird und welche tief greifende Bedeutung für die Fortentwicklung unseres Landes die Psychologie von Beziehungen einiger weniger untereinander hat, die immerhin aus Steuermitteln bezahlt werden.

Um es vorweg zu sagen: Weder die Lohmann-Affäre noch die Affäre Pröhl, die nach dessen Auffassung völlig zu Unrecht diesen Namen trägt und wohl eher die Geschichte „Heide allein zu Haus“ heißen sollte, sind Affären der SPD dieses Landes oder der SPD-Landtagsfraktion, obwohl ich schon der Auffassung bin, lieber Kollege Hay, dass die Regierungsfraktion ihren parlamentarischen Kontrollauftrag durchaus hätte ernster nehmen können. Dies hätte möglicherweise Heide Simonis und unser Land davor bewahrt, bei der Aufklärung der Vorgänge um Pröhl und Gärtner bundesweit mit Spott und Häme überzogen zu werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Beide **Affären**, so unterschiedlich sie im Einzelnen sind, haben eine Gemeinsamkeit: Es fehlt am Bewusstsein der Beteiligten, sich zumindest stilllos verhalten zu haben, und es fehlt am Bewusstsein der jeweiligen

(Wolfgang Kubicki)

Dienstvorgesetzten oder Leitungsspitzen, in ihren notwendigen Kontrollfunktionen kläglich und vollständig versagt zu haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es geht, obwohl es reizvoll wäre, auch die menschlichen Hintergründe aufzuhellen und persönliche Motivforschung zu betreiben, ausschließlich um Recht und Gesetz im öffentlichen Dienst und die Art und Weise der Aufgabenerledigung. Wir sollten uns deshalb vor vorschnellen Urteilen hüten, zumal ein Untersuchungsausschuss kein Gremium ist, das Urteile fällt. Herr Kollege Hay, das gilt sowohl für Frau Gärtner, für Heide Simonis, aber auch für Herrn Dr. Pröhl und Herrn Dr. Lohmann. Aber selbstverständlich ist das Parlament berufen, Feststellungen darüber zu treffen, ob der Organisationsablauf im Ministerium und in Behörden unseres Landes dem entspricht, was wir uns unter einer ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung der öffentlichen Bediensteten, der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein schlechthin vorstellen. Für Herrn Dr. Lohmann, Herrn Dr. Pröhl und Herrn Brückner gilt die Unschuldsvermutung bis zu ihrer Verurteilung. Herr Kollege Hay, ich habe nicht verstanden, warum wir denen weniger glauben sollten als der Ministerpräsidentin oder umgekehrt. Bisher haben wir keine Veranlassung, allen zu misstrauen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich kann mich noch deutlich an eine Situation erinnern, in der ein Ministerpräsident dieses Landes glaubte, weil er Ministerpräsident ist, müsste man ihm mehr glauben als anderen. Das hat sich als Irrtum herausgestellt. Die strafrechtliche Verantwortung der Herren Dr. Lohmann, Dr. Pröhl und Brückner wird durch Gerichte geklärt, möglicherweise auch ihre dienstrechtliche Verantwortung. Aber die **politische Verantwortung** der entsprechenden Entscheidungsträger stellt in einer parlamentarischen Demokratie das Parlament fest und niemand sonst. Dies werden wir feststellen, nachdem der Untersuchungsausschuss seine Arbeit erledigt hat.

Ich bin in den letzten Wochen immer wieder gefragt worden, ob Heide Simonis zurücktreten sollte. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann nur sie selbst dies entscheiden. Ich tue mich schwer mit einer Rücktrittsforderung an die Ministerpräsidentin, nicht, weil ich nicht glaube, dass allein die Vielzahl ihrer eigenen öffentlichen Äußerungen dies rechtfertigen würde, sondern weil ich glaube, dass sie sich verantworten sollte vor der Öffentlichkeit, vor den Wählerinnen und Wählern, die ihrerseits die Chance behalten müssen, durch ihre künftige Stimmabgabe deutlich zu machen, was sie von dieser Ministerpräsidentin und dieser Form der Politikgestaltung halten.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Kollege Neugebauer, Höppner lässt grüßen. Die Menschen dieses Landes sollen das entscheiden, nicht wir im Parlament, und sie werden es entscheiden, glauben Sie mir das!

Konnten die Menschen unseres Landes bisher noch die Vermutung hegen, sie würden nur schlecht regiert, werden sie durch die Feststellungen des Untersuchungsausschusses zu der Erkenntnis gelangen, dass in Schleswig-Holstein überhaupt nicht regiert, sondern nur die Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen betrieben wird. Das Problem des schlechten Ratings unseres Landes hat einen Namen: Heide Simonis.

(Beifall bei FDP und CDU)

In dem Bemühen, dem wirklichen Glanz des immer noch schmerzlich vermissten Björn Engholm für die SPD dieses Landes und das Land insgesamt eigene Highlights entgegenzusetzen, besser, schneller und kompetenter zu sein, hat Heide Simonis doch nur ein mittelprächtiges Feuerwerk abgefackelt, dessen Effekte schnell verglühten und nichts zurückließen außer Ruß, Staub und verbrannte Asche.

Zunächst möchte ich den Verkauf der HDW-Anteile an die Preussag nennen, wobei sie sich mündlich von Herrn Frenzel zusagen ließ, dass die Werkswohnungen nicht veräußert würden und falls doch, dass das Land am Erlös nachträglich beteiligt würde. Als die Wohnungen schließlich veräußert wurden, stellte man fest: Fehlanzeige für das Land, da ein entsprechender Vertrag nicht abgeschlossen worden war.

Des Weiteren gab es den Verkauf der Provinzial an den Sparkassen- und Giroverband zu einem Schnäppchenpreis, so, als handle es sich hierbei um wertlosen Trödel. Zwar ist eine Beteiligungsklausel für den Fall der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft vorgesehen, jedoch derart unprofessionell vereinbart, dass das Land auch hierum wird hart ringen müssen.

Schließlich folgt die Veräußerung der Landesbankanteile an die Westdeutsche Landesbank wiederum zu einem Schnäppchenpreis, wobei hier erstaunlicherweise auf eine Wertausgleichsklausel für den Fall der Umwandlung der Bank in eine Aktiengesellschaft verzichtet wurde. Diese Nachlässigkeit dürfte das Land nebenbei 500 Millionen € kosten.

Nicht unerwähnt bleiben darf die Entbeamtungspolitik für die Lehrerinnen und Lehrer unseres Landes - aus heutiger Sicht geradezu grotesk -, die das Land endgültig einen dreistelligen Millionenbetrag in € gekostet haben dürfte, ohne jeden positiven Effekt.

(Beifall bei FDP und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Wenn Heide Simonis, die ungeheuren Wert darauf zu legen scheint, wenigstens von ihren Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ländern in wahrhafter Anerkennung ihrer Sanierung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte gelobt worden wäre, aber nicht einmal das ist der Fall.

Ein weiteres Highlight ist der LEG-Verkauf mit einem definitiven Verlust für das Land von mindestens 150 Millionen € für beide Tranchen, wobei ich gelernt habe, dass Verluste dieser Art in der Argumentation der Landesregierung strategische Investitionen heißen.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

Schließlich erinnern wir uns an den Immobiliendeal, den wir gerade wieder rückgängig machen, Kollege Neugebauer, die Einführung der KLR und eine besondere Form der public private partnership, die Schleswig-Holstein ganz weit nach vorn bringen sollte und uns nun eins der Probleme beschert, die der Untersuchungsausschuss abarbeiten muss. Zur Affäre Lohmann/Möller haben wir bereits debattiert. Ich kann insofern Bezug nehmen auf meine Ausführungen in der 53. Sitzung am 20. Februar 2002, wobei mich doch interessieren würde, ob die Sozialdemokraten auch heute noch erklären würden, alle Sachverhalte seien aufgeklärt, dem Land sei kein Schaden entstanden und die SPD-Fraktion stehe geschlossen und einstimmig hinter Claus Möller.

Dies ist deshalb wichtig, weil sich meine Fraktion nach wie vor fragt, weshalb bis heute keine Disziplinarverfahren gegen Mitarbeiter des Finanzministeriums eingeleitet wurden, die ihrerseits ohne Remonstration sehenden Auges die Verstöße gegen Haushalts- und Vergaberecht bei der Auftragserteilung an debis/SAP hingegenommen haben. Es gibt doch eine vergebende Stelle im **Finanzministerium**, der alle Kriterien bekannt sind. Was war mit den dortigen Mitarbeitern, dem Abteilungsleiter?

Genauso wenig, wie wir - und da teile ich die Auffassung der Ministerpräsidentin - erwarten dürfen, dass Claus Möller alles selbst macht und die Vergabeakte allein führt, dürfen wir dies von Herrn Staatssekretär a.D. Dr. Lohmann annehmen. Was muss in einem Ministerium los sein, in dem sich das halbe Haus mit der EDV-gestützten Einführung der **Kosten- und Leistungsrechnung** in die Landesverwaltung beschäftigt, aber niemand bei der Abwicklung des größten Investitionsprojektes der Nachkriegsgeschichte für die Landesverwaltung auf eine Einhaltung der gesetzlichen und administrativen Vorschriften achtet, zumindest aber auf eine ausreichende Dokumentation?

(Beifall bei FDP und CDU)

Spricht dies für die Mitarbeiter des Ministeriums? Spricht dies für die Kompetenz und Effektivität der Leitung des Hauses?

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Lothar Hay hat am 20. Februar 2002 hierzu erklärt, Claus Möller habe eingeräumt, dass es im Verfahren zu Fehlern gekommen sei, die für die Zukunft abgestellt werden würden.

Wie, bitte schön, kann dies geschehen, außer durch eine Demission des verantwortlichen Ministers? Denn die Fehler, soweit es denn nur Fehler waren, hätten im Finanzministerium eigentlich gar nicht passieren dürfen und, hätte man Herrn Minister Möller noch Mitte des Jahres 2001 befragt, auch gar nicht passieren können.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Möglicherweise war aber das Vorbild für die abgrundtiefe Schlamperei und für angeblich mangelnde Information der Leitungsspitze die **Staatskanzlei**. Die Affäre Pröhl weist dabei Facetten auf, bei deren Betrachtung sich der geneigte Zuschauer nur noch kopfschüttelnd auf die Schenkel klatschen kann. Neben den vielen kleinen Aperçus möchte ich mich auf drei wesentliche Dinge konzentrieren, jedes für sich bereits Anlass genug, an der Handlungsfähigkeit der Ministerpräsidentin zu zweifeln.

Zunächst wissen wir bis heute nicht genau, wer Pröhl eigentlich wie seit 1996 beaufsichtigt hat. Er ist mit Wirkung vom 1. September 1996 an die Staatskanzlei versetzt worden, war zu keiner Zeit räumlich der Staatskanzlei zugeordnet, gleichwohl Mitarbeiter der Staatskanzlei, er hat keine originären Aufgabenbereiche der Staatskanzlei bearbeitet und war daher auch nicht im Organisations- und Geschäftsverteilungsplan der Staatskanzlei ausgewiesen, gleichwohl organisatorisch der Regierungspressestelle zugeordnet - so erfahren wir es von der Regierung in Drucksache 15/1796.

Die Regierung erläutert weiter, dass die Expo-Projektgruppe organisatorisch an die Investitionsbank angebunden wurde, das personelle Weisungsrecht allerdings bei der Staatskanzlei verblieb, so ebenfalls die von mir genannte Drucksache.

Der Regierungspressexperten Hildenbrand hat dpa am 25. März 2002 hingegen erklärt, auch das Controlling sei nicht aus der Staatskanzlei gemacht worden, sondern aus der Investitionsbank. Und die Ministerpräsidentin hat im „Hamburger Abendblatt“ am 30. März 2002 erklärt - ich zitiere wörtlich, Frau Ministerpräsidentin -:

„Er saß nicht in der Staatskanzlei, sondern war zur I-Bank abgeordnet, hatte dort sein

(Wolfgang Kubicki)

Büro. Die Bank hatte die Dienstaufsicht, genehmigte Urlaub und Reisen. Für seine Arbeit, die Fachaufsicht, war ein Lenkungsausschuss unter Herrn Gärtner zuständig.“

Der Aufgabenübertragungsvertrag zwischen LB und Land Schleswig-Holstein ist in gleicher Weise eindeutig zweideutig:

„Für die Dauer der Abordnung unterliegen die Beschäftigten der Weisungsbefugnis der Geschäftsleitung der Investitionsbank. Diese überträgt die fachliche Weisungsbefugnis auf den Lenkungsausschuss.“

Kein Wunder also, dass Herr Dr. Pröhl zum Satelliten-Satelliten mutieren konnte, da eigentlich keiner für ihn richtig zuständig war.

Dieser Mitarbeiter, von wem auch immer, fährt nun am 22. November 1999 zusammen mit Herrn Brückner - wie genau Herr Brückner ins Spiel gekommen ist, wissen wir noch nicht - ins arabische Katar, um dort den Bau einer Sport- und Rehaklinik voranzutreiben.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Kubicki, meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung und bitte Sie, sich zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Meine Damen und Herren, genau in dieser Minute vor drei Tagen ereigneten sich die tragischen Geschehnisse von Erfurt. Bundesweit gedenken in dieser Minute die Bürgerinnen und Bürger der Toten. Auch auf dem Landeshaus sind die Flaggen auf Halbmast gesetzt. Wir gedenken der Toten und bekunden unser Mitgefühl für die Angehörigen.

Sie haben sich zu Ehren der Opfer erhoben. Ich danke Ihnen.

Es fällt schwer, aber, Herr Kubicki, Sie haben das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es fällt selbstverständlich schwer, angesichts der Schweigeminute in der normalen Rede fortzufahren, obwohl ich es versuchen werde, weil es deutlich macht, wie relativ all unser Handeln angesichts solcher Ereignisse eigentlich ist.

Herr Präsident, ich bin auch damit einverstanden, dass die Schweigeminute von meiner Redezeit abgezogen wird.

Ich versuche - wie gesagt - fortzufahren.

Er unterschreibt in Doha für die schleswig-holsteinische Landesregierung ohne Genehmigung der Staatskanzlei eine Absichtserklärung über die gemeinsame Errichtung einer Klinik. Das ist an sich schon verwunderlich, weil der Bau von Kliniken nicht zum originären Aufgabenbereich der Verwaltung des Landes Schleswig-Holstein gehört.

Der Drucksache 15/1794 ist hierzu Folgendes zu entnehmen - ich zitiere -:

„Zur Unterzeichnung dieser Absichtserklärung hatte Herr Dr. Pröhl weder einen Auftrag noch eine Erlaubnis der Landesregierung. Dr. Pröhl wurde nach Bekanntwerden vom damaligen Chef der Staatskanzlei darauf hingewiesen, dass er vor Unterzeichnung eine Genehmigung hätte einholen müssen.“

Die Ministerpräsidentin ließ sich in ihrem Report-Interview vom 5. April 2002 hierzu wie folgt ein - ich zitiere wiederum wörtlich -:

„Das haben die akzeptiert,“

- dass statt Gärtner Pröhl kommt -,

„haben aber gesagt: Wenn der kommt, dann müsst ihr uns bitte sagen, dass er in eurem Namen kommt und dass er auch mit eurem Wissen dort ist, also dass er eine gewisse Verhandlungsposition hat, damit wir uns nicht mit irgendjemandem unterhalten, der dann hinterher sagt: Weiß ich nicht, habe ich nie gedurft - oder ich das vielleicht sagen könnte“.

Unterstellen wir einmal, Herr Pröhl durfte nicht so handeln, wie er gehandelt hat: Was wäre für einen öffentlich Bediensteten eigentlich die logische Konsequenz? - Wir erahnen es schon: Ein Disziplinarverfahren wegen Überschreitung der eingeräumten Befugnisse.

Was geschieht stattdessen? - Das wäre doch das Mindeste. Der Chef der Staatskanzlei erläutert freundschaftlich, Herr Pröhl hätte doch vorher eine Genehmigung einholen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Genehmigung? Hier wird das Wort bereits verräterisch, da es ja nicht um die Genehmigung einer Nebentätigkeit geht, sondern um eine Vollmachtserteilung. Er hätte also eine Vollmacht erhalten müssen, um entsprechend im Ausland auftreten zu können; denn Herr Pröhl war ja offenkundig vollmachtloser Vertreter.

Wie gesagt, wir reden über den öffentlichen Dienst. Die Tatsache, dass Herr Dr. Pröhl für diese Über-

(Wolfgang Kubicki)

schreitung seiner Vertretungsbefugnisse nicht zur Verantwortung gezogen wurde, ist der erste Punkt, der zum tieferen Nachdenken zwingt.

(Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Hier muss es bereits zu diesem frühen Zeitpunkt eine tiefere Interessenidentität zumindest zwischen dem Chef der Staatskanzlei, Herrn Brückner und Herrn Dr. Pröhl gegeben haben, von dem selbstverständlich die Ministerpräsidentin weder etwas wusste noch ahnte noch hätte vermuten können.

Mitte des Jahres 2000 schickt Herr Dr. Pröhl nach eigenen Angaben an die Staatskanzlei ein Schreiben, in dem er erklärt, dass er ein Angebot habe, nach Ablauf des EXPO-Projektes in eine Hamburger Firmengruppe einzusteigen, und hierüber wolle er mit seinem Dienstherrn sprechen. Dieses Schreiben - so erklärt der Regierungssprecher - ist in der Staatskanzlei nie angekommen, jedenfalls nicht auffindbar. Gleichwohl - so wird der Pressesprecher der Landesregierung in den „Lübecker Nachrichten“ vom 16. März 2002 zitiert - habe es Gespräche zwischen dem Personalreferenten und Herrn Dr. Pröhl über seine zukünftige Tätigkeit nach der EXPO im Landesdienst oder aber auch in der Privatwirtschaft im Juli 2000 gegeben. Selbstverständlich sind - wir wissen es bereits - weder die Ministerpräsidentin noch der Chef der Staatskanzlei mit diesem Thema befasst worden.

Zwischenzeitlich - das heißt spätestens um die Jahreswende 2000/2001 und im ersten Halbjahr des Jahres 2001 - erreichen die Landesregierung, das heißt sowohl die Staatskanzlei als auch das Finanzministerium beziehungsweise nachgeordnete Behörden, eine Reihe von Schreiben, in denen für unterschiedliche Gesellschaften der Brückner-Gruppe Herr Dr. Pröhl bereits als Vorstandsmitglied auftaucht oder in den jeweiligen Anlagen benannt wird, ohne dass dies von irgendeinem Mitarbeiter in der Staatskanzlei, im Finanzministerium oder in der GMSH zur Kenntnis oder zum Anlass genommen wird, dies näher zu hinterfragen. Im März 2001 kommt es zu einer Begegnung mit der **Ministerpräsidentin**, deren Ablauf nunmehr auch die ordentlichen Gerichte beschäftigen wird.

Jedenfalls wird klar, dass sich Herr Brückner unter Beteiligung von Herrn Dr. Pröhl und zumindest mit Kenntnis des Chefs der Staatskanzlei um den Erwerb des Kieler Schlosses bewirbt, dessen Vergabe zugunsten der Brückner-Gruppe aus Gründen, die heute immer weniger nachvollziehbar erscheinen, durch das Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein geradezu betrieben wird, indem andere Bewerber vertrieben werden.

Erstaunlich hieran ist, dass uns erst vor wenigen Tagen Herr Dr. Büchmann aus der Staatskanzlei hat wissen lassen, dass ihm nunmehr ein- und aufgefallen sei, dass er bereits am 5. Juli 2001 in dienstlicher Funktion von Herrn Dr. Pröhl Kenntnis darüber erhielt, dass dieser mit Herrn Brückner zusammenarbeite und jedenfalls aktuell oder potenziell in dessen Firmenkonglomerat als Vorstandsmitglied mitwirke oder mitzuwirken beabsichtige. Das war übrigens einen Tag nach dem Geburtstagsessen mit Heide Simonis, in dem es selbstverständlich in Anwesenheit der Ehepartner nur um die künftige Verwendung des Wikingerschiffes, nicht um die künftige Verwendung Pröhls ging.

Herr Kollege Kayenburg, erlauben Sie mir die Anmerkung: Es ist mir vergleichsweise egal, ob die Ministerpräsidentin zu ihrem Essen Mitarbeiter einlädt und der Steuerzahler, die Staatskanzlei bezahlt oder nicht. Das ist mir vergleichsweise egal. Was mich berührt, ist die Peinlichkeit der Erklärungsversuche, mit denen uns weisgemacht werden soll, dass dies aus dienstlichem Anlass geschehen ist. Diese Peinlichkeit ist das eigentlich Erbärmliche.

(Beifall bei der FDP)

Es ist doch erstaunlich, dass für die Frage einer möglichen Nebentätigkeit und ihrer Genehmigung die Staatskanzlei mehr als sieben Monate benötigte, um eine Antwort zu finden.

Wir müssen glauben, dass in dieser Zeit weder der Chef der Staatskanzlei noch die Ministerpräsidentin durch Herrn Dr. Büchmann informiert wurden. Ist das, liebe Kolleginnen und Kollegen, nun für uns der Inbegriff ordnungsgemäßer Dienstausbübung des Herrn Dr. Büchmann oder aber der Inbegriff einer schweren Dienstpflichtverletzung? Hätte nicht die Verpflichtung von Herrn Dr. Büchmann bestanden, hier den Chef der Staatskanzlei oder die Ministerpräsidentin zu unterrichten, und ist das Versäumnis seinerseits nicht Anlass für ein mögliches Verfahren gegen Herrn Dr. Büchmann?

Es ist ja nicht so, dass bis zum 20. Februar 2002 zwischenzeitlich nichts passierte. Das Kabinett befasste sich mit der Veräußerung des Kieler Schlosses und befürwortete - so jedenfalls ließ sich der Staatssekretär Finanzen Döring öffentlich vernehmen - die Veräußerung des Kieler Schlosses an die Brückner-Gruppe. Im „Holsteinischen Courier“, der in Neumünster herausgegeben wird, erschien am 13. Oktober 2001 ein Artikel, in dem es unter anderem heißt:

„Unklar bleibt weiterhin, wer als Käufer des Schlosses auftreten soll. 'Es wird ein Fonds sein', sagte Falk Brückner, Geschäftsführer

(Wolfgang Kubicki)

der B & B gerRelations AG. Das Hamburger Unternehmen fungiert als Projektentwickler. Brückner und der designierte Mit-Geschäftsführer Karl Pröhl sind in Kiel keine Unbekannten. Brückner hatte in Kiel das umstrittene Erlebniszentrum CAP am Bahnhof gebaut und geriet damit in Finanzprobleme. Pröhl war zunächst Sprecher des Wirtschaftsministeriums und später Geschäftsführer der Schleswig-Holsteinischen EXPO-Gesellschaft.“

Wir müssen glauben, dass diesen Artikel niemand gelesen hat, weder der Regierungssprecher noch weitere Mitarbeiter der Pressestelle noch Herr Staatssekretär Döring, der ja in Neumünster wohnt. Denn hätte irgendjemand diesen Artikel gelesen, hätte doch sicher Nachfrage- und Aufklärungsbedarf bestanden mit der Folge, dass die Verhandlungen mit der Brückner-Gruppe abgebrochen worden wären. Oder war zum damaligen Zeitpunkt allen Beteiligten nicht nur alles klar, sondern auch bereits alles entschieden, wie das Ratsmitglied der SPD, Frau Halbe, mutmaßt?

Mehr als ein Dutzendmal - so wissen wir bereits jetzt - ist Herr Dr. Pröhl im Zusammenhang mit dem **Verkauf des Kieler Schlosses** jedenfalls nicht für das Land Schleswig-Holstein aufgetreten - und wir müssen glauben, dass dies niemanden gewundert hat. Und es wundert mich auch nicht mehr, dass die Aussage von Staatssekretär Döring, er habe schließlich Herrn Brückner gebeten, Herrn Dr. Pröhl nicht mehr mitzubringen, die Regierungsfractionen teilnahmslos lässt.

Die Ministerpräsidentin beharrt darauf, dass sie selbst vor dem 20. Februar 2002 von den **Nebentätigkeiten** des Herrn Dr. Pröhl nichts gewusst habe. Aber nachdem sie dies erfahren hatte, was hat sie veranlasst? Was hat sie eigentlich veranlasst, nicht die weiteren Verhandlungen mit der Brückner-Gruppe zu stoppen? Noch am 28. Februar 2002 hat Herr Staatssekretär Döring dem Finanzausschuss in einem knapp 10-minütigen Vortrag dargelegt, dass und warum die Veräußerung des Kieler Schlosses ausschließlich an die Brückner-Gruppe im Interesse des Landes und der Stadt läge sowie überhaupt nötig sei, um sowohl einen angemessenen Erlös zu erzielen als auch eine sinnvolle Nutzung zu gewährleisten.

Wir haben gelernt, dass man miteinander nicht mehr redet - weder der Amtschef des Finanzministeriums mit dem Chef der Staatskanzlei noch der Personalreferent beziehungsweise der Abteilungsleiter mit dem Chef der Staatskanzlei und der Ministerpräsidentin noch der Chef der Staatskanzlei mit der Ministerpräsidentin. Man muss auch nicht mehr miteinander reden. Wer alles weiß, hat keinen Gesprächsbedarf. Deshalb

ist die Erklärung der Ministerpräsidentin im „Hamburger Abendblatt“ vom 25. März 2002 nur folgerichtig, wenn sie sagt:

„Alles, was Klaus Gärtner wusste, weiß ich und umgekehrt.“

Wir leben also in einer „Wissensgesellschaft“. Und diese Gesellschaft ist „ehrenwert“.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Beide Affären sind eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses wert. Denn zumindest das Controlling in dieser Regierung und durch diese Regierung hat eklatant versagt.

Wenn der Landesvorsitzende der SPD, Franz Thönnies, für seine Partei den ehemaligen Chef der Staatskanzlei auffordert, alles auf den Tisch zu legen, damit die Ministerpräsidentin nicht weiter beschädigt werde, beleuchtet dies die Notwendigkeit weiterer Aufklärung. Und es müssen Mittel und Wege gefunden werden, von vornherein zu verhindern, dass sich potenzielle Hochstapler und Betrüger im Zentrum des Regierungsapparates einnisten können.

Es ist die Aufgabe des Schleswig-Holsteinischen Landtages, der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, dass sich jedermann - gleich, in welcher Funktion - an Recht und Gesetz halten muss und dass die öffentliche Verwaltung, der Staat seine Entscheidungen nicht willkürlich trifft. Günstlingswirtschaft und Nestwärme statt Sacharbeit und Flickschusterei in der Aufgabenstellung und Aufgabenerledigung dürfen nicht das bestimmende Merkmal schleswig-holsteinischer Landespolitik werden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich habe meine Zweifel, ob die Ministerpräsidentin Heide Simonis aus diesen Affären gestärkt hervorgehen wird, wie einige Sozialdemokraten und Grüne sich dies erträumen. Aber ich bin mir sicher, dass die parlamentarische Demokratie, dass das Vertrauen in die Funktionstüchtigkeit öffentlicher Verwaltung durch diesen **Untersuchungsausschuss** und seine Arbeit gestärkt werden wird.

In diesem Sinne stimmt die FDP-Landtagsfraktion den Anträgen von CDU und SPD zu. Wohlan zur Tat!

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort erteile ich jetzt dem Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir reden hier heute erstens über den Fall Lohmann und das Vergabeverfahren SAP und zweitens über den Fall Pröhl und den Verkauf des Kieler Schlosses.

(Zurufe von der CDU)

Wir reden über zwei Sachverhalte, die miteinander direkt vermutlich nichts zu tun haben. In beiden Fällen werden Menschen, die an wichtiger Stelle in dieser Landesregierung Verantwortung trugen, verdächtigt, ihr eigenes Interesse über das des Landes gestellt zu haben. In beiden Fällen ist die Staatsanwaltschaft tätig. Unklar ist noch, ob einzelne Menschen Fehler gemacht haben oder ob mehr dahinter gesteckt hat. Unklar ist noch, ob und in welchem Umfang dem Land materieller Schaden zugefügt wurde und in welchem Umfang politischer Schaden entstanden ist.

Meine Damen und Herren, was den Vorgang SAP/Lohmann betrifft, so ist die Aufgabe des Untersuchungsausschusses noch nicht klar ersichtlich. Dass die Firma SAP ein kompetentes Softwareunternehmen ist, steht außer Frage.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Microsoft auch!)

Eine Frage ist aber möglicherweise, ob Schleswig-Holstein gut beraten war, sich als Pilotkunde anzudienen.

Bezüglich des Herrn Lohmann geht es erst einmal darum, dass die Staatsanwaltschaft ermitteln muss. Die fachlichen Fragen sind Sache der Haushaltsprüfgruppe des Finanzausschusses. Politischer Aufklärungsbedarf für den **Untersuchungsausschuss** ergibt sich aus den Fragen, ob weitere Personen etwas gewusst haben. Deshalb stimmen wir auch für diesen Komplex der Einberufung des Untersuchungsausschusses zu; denn es ist das Recht und auch die Pflicht des Parlaments, die Regierung zu kontrollieren und Fragen zu stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir werden mit allen Kräften dazu beitragen, wenn es gilt, Klarheit zu schaffen.

Was den Sachverhalt um Herrn Pröhl und das **Kieler Schloss** betrifft, so stellt sich dieser anders dar. Was

der Ausschuss auch hier nicht leisten kann, ist die Arbeit der **Staatsanwaltschaft**, also zu klären, ob es Absprachen und Vorteilsnahme bei der Vergabe von Landesaufträgen gegeben hat. Hier geht es aber unabhängig von juristischen Fragen auch um die politische Verantwortung und die Rolle von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatskanzlei. Hier sind Kernfragen der Demokratie und der politischen Kultur berührt. Es geht darum, wie weit politische Aufsicht und Kontrolle reichen müssen, wie weit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbstständig und kreativ operieren dürfen, was von führenden Beamten ja auch in gewissem Umfang erwartet wird. Es geht auch darum, wie es geschehen konnte, dass ein Mitarbeiter seine Dienstgeschäfte vermutlich systematisch mit eigenen Geschäften zu verbinden begann. Deshalb muss dieser Fall aufgeklärt werden und deshalb stimmen wir dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu.

Ich begrüße, dass die Ministerpräsidentin nach dem Rücktritt des Staatssekretärs mit der Berufung einer neuen Staatssekretärin von außen eine gute Voraussetzung geschaffen hat, dass die Vorgänge nun vorbehaltlos aufgeklärt werden können. Herr Gärtner seinerseits muss jetzt offen erklären, ob er mehr weiß und, wenn ja, was er weiß. Das ist ein Dienst an der Demokratie, den ich von ihm erwarte.

Was die EXPO-Beteiligung Schleswig-Holsteins betrifft, so gehen wir davon aus, dass die Landesregierung ein hohes Eigeninteresse daran hat, alles aufzuklären und transparent zu machen. Das gilt insbesondere auch für die Schlussabrechnung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, immer wieder wurden die Vorgänge auch in Zusammenhang mit den großen Spendenaffären der Union und jetzt der Kölner SPD gebracht. Diesen Zusammenhang kann ich allerdings nicht erkennen. Es geht hier nicht um Parteispenden und es geht nicht um die Organisation von Geld für eine Partei. Es gibt aber einen anderen Zusammenhang. Es geht hier um ein Grundübel von menschlichem Staatswesen: um die Vermischung von privaten Eigeninteressen mit den Aufgaben für das Gemeinwohl, die sich aus dem Amt ergeben. Diesen Sachverhalt bezeichnet man gewöhnlich als **Korruption**. Korruption ist ein Übel, das in den letzten Jahren zugenommen hat.

Der Generalstaatsanwalt Rex hat diese Entwicklung neulich in erfrischender Klarheit dargestellt und die Entschlossenheit der schleswig-holsteinischen Ermittlungsbehörden, dagegen vorzugehen, deutlich gemacht. Das ist auch notwendig. Denn die öffentliche Debatte hat infolge der Parteispendenskandale einen Umfang angenommen, der an den Nerv der Demokratie geht.

(Karl-Martin Hentschel)

Jede Affäre beschädigt nicht nur die Partei, die betroffen ist, sondern beschädigt auch die Politik überhaupt und damit die Demokratie insgesamt. Es gibt genügend Menschen, die mit Politik nichts mehr zu tun haben wollen.

Es ist, wie ich denke, deshalb richtig, gerade in dieser Stunde darauf hinzuweisen, dass es in unserer Demokratie - und zwar in allen Parteien - viele Menschen gibt, die sich unermüdlich und auch uneigennützig für die Interessen der Menschen, die sie gewählt haben, und für die Demokratie als solche einsetzen. Diejenigen, die korrupt sind und die sich nicht an die Regeln halten, müssen bestraft werden. Aber die vielen Tausende von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Politikerinnen und Politikern in allen Parteien, die sich für das Allgemeinwohl engagieren, müssen in ihrer Arbeit wieder anerkannt und gewürdigt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, gerade deshalb müssen wir uns auch in Erinnerung rufen: Es ist keine Besonderheit der Demokratie, dass es viele Skandale gibt. Menschen machen immer Mist. Das Besondere an der Demokratie ist nicht, dass es Korruption gibt, sondern dass sie aufgedeckt wird. Deshalb sind Demokratien allen anderen Systemen überlegen.

Diktaturen jeglicher Art mögen, oberflächlich betrachtet, effizienter sein und **Skandale** kommen dort scheinbar kaum vor. Aber in Wirklichkeit hat sich die **Demokratie** in hochkomplexen Gesellschaften immer wieder als viel effizienter herausgestellt, weil es in ihr keine oder nur zeitweise eine Nomenklatura, eine geschlossene Herrschaftsschicht, gibt.

Gewaltenteilung und Pressefreiheit machen das Regieren sicher komplizierter. Regieren ist mit der Presse und der Gewaltenteilung nicht einfacher. Sie sind aber der Grund dafür, dass in der Demokratie Amtsmissbrauch, Bestechung, Kungelei und Bereicherung eben nicht selbstverständlich, sondern Ausnahmen sind, die immer wieder aufgedeckt werden.

Es ist gerade das Besondere der Demokratie, dass jeder Schritt und Tritt öffentlich beobachtet und kritisiert wird, und jede Aufdeckung eines Skandals ist auch immer ein Beweis dafür, dass die Demokratie funktioniert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, es gibt einen weiteren Aspekt bei diesem Thema, über den wir reden müssen. Die Zunahme der Korruption hat auch etwas mit dem veränderten Verständnis von den Aufgaben der öffent-

lichen Hand zu tun. Denn ein Großteil der umtriebigen Aktivitäten, bei denen in den Kommunen und Ländern mit Grundstücken, Müllverbrennungsanlagen, Bauaufträgen und Sparkassen Geschäfte gemacht werden, hat auch etwas damit zu tun, dass den Akteuren der Unterschied zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst nicht genügend bewusst ist. In der Privatwirtschaft gelten nun einmal andere Gesetze und das ist auch richtig so. Auch dort müssen Regeln eingehalten werden, Steuern müssen ehrlich gezahlt werden und Betrug ist strafbar.

Die Regeln unterscheiden sich aber erheblich von denen im öffentlichen Sektor. Dort ist niemand an Vergaberecht, faire Ausschreibung und so weiter gebunden. Dort verhandelt man mit dem Geschäftspartner nach eigenen Spielregeln, bei denen vor allem das ökonomische Ergebnis zählt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Aber nicht in die eigene Tasche!)

Wir alle, die Parteien wie auch die Presse, haben in den vergangenen Jahren mehr Flexibilität, mehr privatwirtschaftliche Verhaltensweisen, weniger Beamtentum und Bürokratismus gefordert und haben öffentliche Einrichtungen in Aktiengesellschaften und GmbHs umgewandelt. Mancher Bürgermeister und mancher höhere Beamte betrachtet die Kontrolle durch das Parlament als Hindernis für effizientes Verwaltungshandeln. Wir müssen uns also selbstkritisch fragen, ob wir die unterschiedlichen Aufgaben und Regeln immer genügend beachtet und betont haben.

Haben wir die politischen **Kontrollmechanismen** auch entsprechend weiterentwickelt? Geht es möglicherweise dem öffentlichen Sektor und der Politik so wie dem Olympischen Komitee, das den olympischen Eid, ein Amateur zu sein, abschaffen musste? Dieser Eid war angesichts des millionenschweren Ansturms von Werbegeldern sozusagen irgendwann zusammengebrochen und wurde dann der Realität angepasst. Müssen wir also unsere Ansprüche korrigieren und der Wirklichkeit anpassen? Hat Stefan Zweig Recht, wenn er sagt: Wahrhaftigkeit und Politik wohnen selten unter demselben Dach? - Ich glaube, an dieser Stelle sind wir an einem Punkt, an dem wir die Ethik und die Prinzipien unseres Tuns grundlegend überprüfen müssen.

Theoretiker der Demokratie wie Max Weber haben die öffentliche politische Sphäre ganz bewusst den anderen Sphären wie der wirtschaftlichen Sphäre und der kulturellen Sphäre gegenübergestellt. In der kulturellen Sphäre war seit ihrer Emanzipation von den Despoten schon immer alles erlaubt. Künstler und Sportler dürfen Millionen verdienen, indem sie die Mächtigen auf die Schippe nehmen, und Satire darf Dinge sagen, die

(Karl-Martin Hentschel)

für andere strafbar wären. In der wirtschaftlichen Sphäre wird es als selbstverständlich angesehen, dass der Erfolg zunächst in Gewinnen und Marktanteilen gemessen wird. Das schließt nicht aus, dass Firmen sich auch um ethische und moralische Maßstäbe bemühen, aber es muss sich rechnen.

Dagegen ist die politische Sphäre zu Recht als eigene Sphäre gegenüber den anderen abgesetzt worden. Die politische Sphäre ist eine Sphäre, in der mit gesellschaftlichem Gemeineigentum und nicht mit Privateigentum gearbeitet wird. Auch wenn der Bürger von der Politik immer mehr wirtschaftliche Effizienz und Unterhaltung erwartet: Ich vertrete den Standpunkt, dass wir uns bewusst sein müssen, dass Schauspieler, Entertainer und Wirtschaftsbosse in dieser Gesellschaft nun einmal eine andere Rolle spielen als Politiker.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie verwalten nicht öffentliches Eigentum. Sie haben die Pflicht, sich an die von der Politik gesetzten Rahmenbedingungen zu halten, und die Freiheit, sich in diesem Rahmen frei zu bewegen. Es gibt gute Gründe dafür, dass für die Politik ganz andere Regeln gelten. Die Politik setzt den Rahmen, damit soziale Gerechtigkeit, Erhaltung der Natur und Rechtssicherheit für Firmen und Individuen gewährleistet sind. Jedes Handeln der Regierung muss im Zweifelsfall rechtlich überprüfbar sein. Der Staat verwaltet öffentliches Eigentum, das allen Bürgern gehört. Wie oft klagen wir über bürokratische Vorschriften. Wie umständlich sind für jemanden, der in der Privatwirtschaft frei verhandeln kann, die öffentlichen Ausschreibungsverfahren.

Wie kleinlich sind die Vorschriften für die Annahme von Geschenken durch Beamte. Aber gerade in der Stunde der Skandale müssen wir uns darauf besinnen, dass dies alles wichtig ist. Wir haben uns dem Dienst an der Demokratie und dem Dienst an den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet und darauf können wir auch stolz sein. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das bedeutet auch, dass wir als Politikerinnen und Politiker die Politik nicht ständig denunzieren und uns gegenseitig als Menschen diskreditieren dürfen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

An dieser Stelle sei mir auch eine Anmerkung an die Opposition erlaubt. Gerade wenn man das Fehlverhalten einer Regierung anprangert, Herr Kayenburg, sollte man sich in Wortwahl, Stil und Inhalt an die Regeln halten.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wenn eine Oppositionspartei täglich bereits prophylaktisch den Rücktritt der Ministerpräsidentin fordert, sozusagen auf Verdacht, ohne dass Tatsachen vorliegen und ohne dass sie den Untersuchungsausschuss überhaupt beantragt hat, der doch erst klären soll, was vorliegt, dann trägt sie nicht dazu bei, das Vertrauen in die Politik zu stärken.

(Werner Kalinka [CDU]: Sie verwechseln da doch etwas, Junge!)

Und wenn der Fraktionsvorsitzende einer kleinen Partei ununterbrochen herum erzählt, bei allen möglichen Gelegenheiten, was er noch alles wisse,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das erzählen wir doch nicht so einfach, wie Sie das meinen und wollen!)

ohne seine Informationen der Regierung oder dem Parlament zur Verfügung zu stellen, dann macht das nicht den Eindruck, man wolle Klarheit schaffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das werden Sie schon noch hören! Dann entschuldigen Sie sich!)

- Werden Sie nur nicht übermütig, Herr Kollege, nur weil Sie in Sachsen-Anhalt ein gutes Ergebnis erreicht haben.

(Heiterkeit)

Ich erinnere Sie nur an die unsägliche Rolle Ihrer Partei bei dem Spendenskandal in Hessen. Dort hat Ihre Partei mit allen Mitteln politische Konsequenzen aus der Spendenaffäre verhindert. Und dass ausgerechnet die FDP dazu beigetragen hat, einen Herrn Schill in Hamburg hoffähig zu machen, ist auch kein liberales Ruhmesblatt.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Sagen Sie doch endlich etwas zu der Kieler Affäre!)

- Ich komme gleich darauf.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Hentschel, sagen Sie doch einmal, warum man Sie nicht wollte!)

Wir sind vom Volk gewählt; wir sind nicht vorrangig hier, Unterhaltung zu liefern.

(Zuruf von der FDP: Das machen Sie doch dauernd!)

Wir sind hier, um im Interesse der Bürgerinnen und Bürger gute Sacharbeit zu leisten, und die ist manchmal trocken und unspektakulär.

Ein leidenschaftlicher Streit um die Sache ist notwendiger denn je zuvor, damit die Bürgerinnen und Bürger

(Karl-Martin Hentschel)

erkennen, welche Alternativen es gibt, und zugleich ist Respekt vor den Personen gefordert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dieser Situation gibt es drei Konsequenzen zu ziehen.

Erstens. Es ist richtig und notwendig, dass diejenigen, die gegen die Regeln verstoßen - seien es Politiker oder Beamte - bestraft werden. Es ist richtig und notwendig, dass in der vorliegenden Situation Staatsanwälte ohne Ansehen der Person die Wahrheit erforschen, und es ist das gute Recht der Opposition, in einer solchen Stunde einen Untersuchungsausschuss zu fordern, den das ganze Parlament trägt.

Zweitens. Wir sind alle aufgerufen, in unserer eigenen Partei und in der Verantwortung als Parlamentarier, Regierungsmitglieder und Beamte alles zu tun, damit solche Vorfälle verhindert werden.

Drittens. Es ist genauso wichtig, dass die Arbeit derjenigen Parteien, Beamten, Politikerinnen und Politiker sowie Ministerinnen und Minister, die sich an die strengen ethischen Regeln der öffentlichen Sphäre halten, gewürdigt wird. Das erhoffe ich mir nicht nur von den Medien, sondern ich erwarte auch von uns selbst, dass der gegenseitige Respekt gewahrt bleibt.

Die politische Entwicklung in Österreich, Italien, Dänemark, Frankreich und in unserem Nachbarland Hamburg machen sehr deutlich,

(Lachen bei der CDU)

wohin die Reise geht, wenn wir diese Regeln nicht einhalten.

(Thorsten Geißler [CDU]: Alles in einen Topf geworfen!)

Meine Damen und Herren, auch in dieser Situation bleibe ich ein Optimist. Ich bin davon überzeugt, dass die Schuldigen bestraft werden und dass den Ehrlichen zuletzt Gerechtigkeit widerfährt, denn, meine Damen und Herren, diesen letzten hoffnungsvollen Gedanken möchte ich mit den Worten von Oscar Wilde ausdrücken -: Auch wer die Wahrheit sagt, wird früher oder später dabei ertappt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort erteile ich jetzt für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag der Sprecherin des SSW, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Bild, das die Politik der deutschen Öffentlichkeit in den letzten Wochen und Monaten geboten hat, ist wahrlich nicht dazu angetan, das Vertrauen in unsere Demokratie zu stärken. Da prozessiert ein Bundeskanzler wegen der Echtheit seiner schwarzen Haare

(Holger Astrup [SPD]: Stritzl könnte das auch!)

und über ein so wichtiges Thema wie das Zuwanderungsgesetz wird im ehrwürdigen Bundesrat ein Oscar-reifer Eklat mit schauspielerischen Höchstleistungen inszeniert. Solche Fälle kann man den Bürgerinnen und Bürgern kaum noch vermitteln - trotz der bevorstehenden Bundestagswahl.

Viel schlimmer für die Akzeptanz unserer Demokratie sind allerdings der Kölner Spendenskandal und die vermeintlich damit verbundene Korruption in vielen nordrhein-westfälischen Rathäusern, wobei die Parteifarbe der Regierenden keine Rolle zu spielen scheint.

Nichts ist gefährlicher für eine funktionierende Demokratie als Korruption und Bestechlichkeit, auch wenn die schwarzen Schafe - auch das muss gesagt werden, denke ich - unter den Politikerinnen und Politikern nur eine sehr geringe Anzahl ausmachen. Aber noch schlimmer wäre es, wenn diese Fälle nicht aufgeklärt und die Schuldigen nicht bestraft würden. Für das Rechtsempfinden unserer Bürgerinnen und Bürger müssen aus allen diesen Fällen sichtbare Konsequenzen gezogen werden.

Ich rufe in Erinnerung, dass die Aufarbeitung des Spendenskandals der CDU viele Frustrationen hervorgerufen hat, weil die Verantwortlichen nach dem damaligen Parteiengesetz nicht richtig zur Rechenschaft gezogen werden konnten. Gerade daher war es ja auch so wichtig, dass das Parteiengesetz dahingehend geändert wurde, dass gesetzliche Zuwiderhandlungen in Zukunft mit Gefängnis bestraft werden können. Man stelle sich nur, wie der Fall des Altbundeskanzlers Helmut Kohl unter den neuen gesetzlichen Bestimmungen gehandhabt worden wäre.

Leider geht es auch bei den schleswig-holsteinischen Affären, mit denen wir uns heute zu beschäftigen haben, um schwerwiegende Korruptionsvorwürfe. Ob man nun gleich - wie es mein verehrter Kollege Kubicki getan hat - vom Affärenland Schleswig-Holstein sprechen kann, sei dahingestellt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: „taz“ von heute!)

Aber es ist schon mehr als ein dunkler Fleck in der Geschichte des Landes, wenn sich nach der Barschel-

(Anke Spoorendonk)

Affäre und der Schubladenaffäre nun schon zum dritten Mal in 15 Jahren ein Ministerpräsident oder eine Ministerpräsidentin vor einem Untersuchungsausschuss verteidigen muss. Wobei ich gleich unterstreichen möchte, dass jeder andere Vergleich mit den Geschehnissen aus dem Jahre 1987/88 und den späteren Folgen einschließlich des Rücktritts von Björn Engholm nicht hinnehmbar ist.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lothar Hay [SPD]: Das meine ich aber auch!)

Was aber angesichts der Korruptionsvorwürfe gegen den EXPO-Beauftragten Pröhl und den ehemaligen Staatssekretär Dr. Lohmann sowie der merkwürdigen Begleitumstände in der Staatskanzlei und im Finanzministerium beunruhigen sollte, ist die scheinbar zunehmende Verquickung von Politik und Wirtschaft sowie die damit verbundene Profitorientierung einiger Weniger. Erst kürzlich hat der Generalstaatsanwalt in seinem „**Lagebericht Korruption 2001**“ von einer Stabilisierung der Korruptionsverfahren in Schleswig-Holstein auf hohem Niveau gesprochen. Der einzig erfreuliche Aspekt des Lageberichts war, dass die Strafverfolgungsbehörden seit der Einsetzung der besonderen Ermittlungsgruppe vor drei Jahren sehr erfolgreich gearbeitet und damit das große Dunkelfeld der Korruption erheblich aufgehellt haben.

Leider machen die aktuellen Korruptionsfälle in Köln, Kiel und anderswo deutlich, dass es seit Jahren ein gesellschaftliches Klima gibt, in dem solche Auswüchse gut gedeihen können. Wenn selbst verantwortliche Politikerinnen und Politiker vielerorts in solche Fälle verwickelt sind, darf man sich nicht wundern, wenn die Hemmschwelle von einigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst auch gefallen ist. Wir müssen also beim Kopf anfangen: Die politischen Führungseliten müssen endlich bei der Korruptionsbekämpfung ihre Vorbildfunktion wahrnehmen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Dabei ist es nur ein geringer Trost, dass das Thema Politik, Geld und Bestechlichkeit schon seit Jahrtausenden aktuell ist. Inspiriert durch die Reise des Ältestenrates nach China

(Lothar Hay [SPD]: Oho!)

möchte ich auf den großen chinesischen Gelehrten Konfuzius verweisen, der auch die Habsucht nicht leiden konnte. Denn er sagt: „Nur der Geringe denkt an seinen eigenen Vorteil.“ Das ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine der vielen Weisheiten dieses weltweit bekannten chinesischen Denkers,

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD] und Lothar Hay [SPD])

der übrigens - das füge ich in Klammern hinzu - zum Staatsminister in der kaiserlichen Beamtenschaft aufstieg und sich dabei vehement gegen die sehr ausgebreitete Korruption in der kaiserlichen Verwaltung einsetzte.

Von Konfuzius lernen, heißt Siegen lernen. Ich könnte hier wieder einmal - ich habe es mehrfach getan - mein Lieblingszitat von Václav Havel einbringen. Sinngemäß sagte er, dass die heutige Zeit besonders bescheidene Politiker benötige.

Nur auf eine bessere Moral der Verantwortlichen oder auch auf eine effiziente Kontrolle zu setzen, reicht nicht aus. Wir müssen dafür sorgen, dass die politischen Entscheidungsprozesse - vom Bund bis zu den Kommunen - für die Bürgerinnen und Bürger transparenter und nachvollziehbarer werden. Es ist kein Zufall, dass die **skandinavischen Länder** nach einer internationalen Studie die wenigsten Korruptionsfälle in Europa aufweisen. Das hängt auch damit zusammen, dass man in Schweden beispielsweise sehr weit gefasste **Informationsrechte** für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen hat. Entscheidungen der öffentlichen Hand können somit bis ins Detail nachvollzogen werden. Auf diese Weise verhindert man, dass wichtige kommunale Entscheidungen - ich nenne das Stichwort Müllverbrennungsanlagen - von einigen wenigen Personen in dunklen Hinterzimmern getroffen werden können.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf das vom SSW eingebrachte **Informationsfreiheitsgesetz** für Schleswig-Holstein verweisen, das bisher leider bei der IHK oder den Kommunen nicht auf großes Wohlwollen gestoßen ist. Die präventive Wirkung dieses Gesetzes auf mögliche Korruption darf aber unserer Meinung nach nicht unterschätzt werden. Auf Bundesebene fehlt eine solche Regelung weiterhin. Das wissen Sie alle.

Wenn es zu Fällen von Korruption auf höchster Ebene kommt, dann wird man immer auch über politische Verantwortung sprechen müssen. Dafür gibt es in unserer parlamentarischen Demokratie das Instrument des Untersuchungsausschusses. Wie Sie wissen, meinen wir, dass mit diesem Instrument sorgfältig umgegangen werden muss. Wir sind der Auffassung, dass es viel zu oft zu parteipolitischen Zwecken missbraucht worden ist und auch heute noch missbraucht wird. Anstatt das schärfste Schwert der Demokratie zu sein, verkommen viele Untersuchungsausschüsse zu Schau-

(Anke Spoorendonk)

bühnen für öffentliche Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Erfahrungen der letzten Jahre belegen jedenfalls, dass die wirkliche Aufklärung von Sachverhalten nur selten geleistet wird. Hinzu kommt, dass die Aufklärung von wirklichen Straftatbeständen nicht vom Untersuchungsausschuss, sondern von der **Staatsanwaltschaft** zu leisten ist.

(Beifall des SSW)

Das gilt natürlich auch für den heute zu beschließenden Ausschuss. Wenn man beispielsweise bedenkt, wie der so genannte Mantik-Untersuchungsausschuss im gesamten letzten Jahr ohne irgendwelche Erkenntnisse vor sich dahindümpelte, dann muss man bei der Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses Vorsicht walten lassen.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Bernd Schröder [SPD])

Keiner hätte es gemerkt, wenn dieser Untersuchungsausschuss noch bis zum Ende der Legislaturperiode existiert hätte. All dies war auch noch Anfang des Jahres unsere Auffassung, als wir zum ersten Mal mit den Fakten der **Vergabe eines Mittelbewirtschaftungs- und Kostenrechnungssystems** im Finanzministerium konfrontiert wurden. Dazu habe ich einiges gesagt. Der SSW war lange der Auffassung, dass der Finanzausschuss und die Haushaltsprüfgruppe Fehlverhalten und Fehler bei der Vergabe aufarbeiten könnten. Auch der konkrete Verdacht der Bestechung von Staatssekretär Dr. Lohmann änderte erst einmal nichts an der Auffassung, weil dies eine Sache der Staatsanwaltschaft war. Ich wiederhole dies.

Erst durch den Fall des EXPO-Beauftragten Pröhl und seine völlig undurchschaubaren Nebenaktivitäten änderte sich unsere Auffassung. Der schnelle Rücktritt von Klaus Gärtner, dem Leiter der Staatskanzlei, konnte nicht verhindern, dass Ministerpräsidentin Heide Simonis wochenlang schwerwiegenden Vorwürfen über ihr angebliches Mitwissen ausgesetzt war. Das Land Schleswig-Holstein kann nicht damit leben, dass sich die Ministerpräsidentin fast täglich gegen immer absonderlicher wirkende Vorwürfe wehren muss. Um es salopp zu sagen: Der jetzige Zustand, bei dem jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf getrieben wird, ist für Schleswig-Holstein unerträglich.

(Beifall bei SSW, SPD, FDP und des Abgeordneten Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU])

Der SSW wird daher der Einsetzung des Untersuchungsausschusses vor allem deswegen zustimmen, weil wir die Hoffnung haben, dass sich der Untersuchungsausschuss so schnell wie möglich mit den aufgeworfenen Fragen beschäftigen wird und somit die Landesregierung entlasten kann. Wir brauchen eine handlungsfähige Regierung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt! - Martin Kayenburg [CDU]: Wohl wahr!)

Die brauchen wir natürlich. Deshalb müssen alle Vorwürfe vollständig und umfassend aufgeklärt werden. Das kann aus jetziger Sicht nur im Untersuchungsausschuss geschehen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

In diesem Zusammenhang möchte ich die CDU-Landtagsfraktion dafür loben, dass sie nicht gleich Hals über Kopf zwei Untersuchungsausschüsse beantragt hat.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW] und vereinzelt bei der CDU)

Vielmehr haben Sie sich Zeit gelassen, um den Vorschlag für einen Untersuchungsausschuss in Ruhe auszuarbeiten, der sich dann mit den beiden Teilaspekten - Pröhl und Lohmann - beschäftigen kann. Es war richtig, die Einsetzung des Ausschusses auf eine Sondersitzung zu verschieben. Erwartungsgemäß ist der Fall Pröhl in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, weil sich die Vorfälle in unmittelbarer Nähe der Ministerpräsidentin und ihres Staatssekretärs abgespielt haben. Wer sich jetzt aber neunmalklug und entrüstet über die fehlende Kontrolle hinsichtlich der Arbeit von Herrn Pröhl äußert, darf nicht vergessen, dass es im Grunde die Aufgabe des EXPO-Beauftragten war, sich um schleswig-holsteinische Unternehmen und deren Geschäfte zu kümmern. Das heißt, dass es an sich keinen Anlass gab, die vielfältigen geschäftlichen Aktivitäten des EXPO-Beauftragten zu verdächtigen.

Verdächtig wird es, wenn der EXPO-Beauftragte anfängt, wie es scheint sogar gegen Entgelt, für verschiedene Firmen tätig zu werden, oder wenn er für Geschäfte, die er als Staatsdiener vermittelt, Provision kassiert. Ob diese Vorwürfe zutreffen, untersucht - wie Sie wissen - die Staatsanwaltschaft. Eines ist aber klar: Für einen Beamten aus der Staatskanzlei sollte es selbstverständlich sein, dass er - genau wie jeder andere normale Beamte - Nebentätigkeiten anzeigt und um Genehmigung seitens seiner Vorgesetzten bittet. Man

(Anke Spoorendonk)

muss davon ausgehen, dass Herr Pröhl diese beamtenrechtlichen Vorschriften genau kannte.

(Werner Kalinka [CDU]: Gärtner auch!)

Wenn er also schon im Herbst 2000 oder im Frühjahr 2001 als Vorstandsmitglied in dem Unternehmen des Herrn Brückner aufgenommen wurde, hätte er dies zeitnah seinem Arbeitgeber melden müssen. Wie wir wissen, ist dies erst sehr viel später geschehen. Ob die Staatskanzlei eine Mitschuld daran trägt, dass das Verfahren um den Antrag auf Nebentätigkeit erst im Frühjahr 2002 negativ beschieden wurde, wird man im Untersuchungsausschuss klären müssen. Ebenso geklärt werden müssen die Vorwürfe von Herrn Pröhl und Herrn Brückner, dass Staatssekretär Gärtner und Ministerpräsidentin Simonis schon im Frühjahr 2001 von der Vorstandstätigkeit gewusst hätten. Dabei muss man auch hier genau unterscheiden, ob Herr Pröhl angedeutet hat, er könne sich vorstellen, eventuell nach dem Ausscheiden aus der Staatskanzlei in den Vorstand des Brückner-Unternehmens zu wechseln, oder ob er definitiv gesagt hat, dass er bereits Mitglied des Vorstands sei.

Dass Frau Simonis Letzteres gewusst haben sollte, ist jedenfalls schwer zu glauben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Ministerpräsidentin nicht stutzig geworden wäre, wenn ihr ein zentraler Mitarbeiter erzählt hätte, er arbeite neben seiner Tätigkeit als EXPO-Beauftragter in einem Unternehmensvorstand.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ob dies auch für Staatssekretär Gärtner gilt, ist schwer zu beurteilen. Die übrigen in der Presse angesprochenen Aktivitäten von Herrn Pröhl müssen im Ausschuss untersucht werden. Da macht es wenig Sinn, wenn FDP und CDU sich jetzt schon mit Kleinen Anfragen zu den vielen Reisen des EXPO-Beauftragten überbieten.

(Werner Kalinka [CDU]: Warten Sie mal ab!)

- Ich denke, wir haben im Ausschuss etwas zu erledigen und brauchen das nicht über Kleine Anfragen zu machen.

(Beifall beim SSW)

Ein weiterer wichtiger Aspekt im Zusammenhang mit dem Fall Pröhl ist natürlich auch die noch nicht vorliegende **Schlussabrechnung** für Schleswig-Holsteins **EXPO-Beteiligung** und die berechtigte Frage, ob alle Aktivitäten wirklich sinnvoll für das Land waren.

(Werner Kalinka [CDU]: Wer hat darauf aufmerksam gemacht?)

Der noch vom ehemaligen EXPO-Beauftragten vorgelegte Bericht gibt darüber keinen näheren Aufschluss - zumal viele der Zahlen, beispielsweise über die Anzahl der EXPO-Besucher in Schleswig-Holstein, in sich nicht stimmig sind.

Auch die Beschaffung des neuen Computersystems SAP R/3 für den Landesdienst wird den Untersuchungsausschuss eingehend beschäftigen. Dabei geht es nicht nur um die Rolle von Staatssekretär Dr. Lohmann oder einer ehemaligen Beschäftigten, sondern auch darum, wieso sich ausgerechnet das Finanzministerium nicht an seine eigenen **Vergaberichtlinien** gehalten hat.

(Beifall bei SSW und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist eine gute Frage!)

In der Tat ist vieles an der Abwicklung der Beschaffung eines neuen Computersystems durch das Finanzministerium auszusetzen. Da sind von Schlampigkeit bei der Aktenführung bis zum Korruptionsverdacht bei der Vergabe des Computerauftrags eine ganze Palette von Vorwürfen in den öffentlichen Raum gestellt worden. Ich sagte schon: Alle diese Vorwürfe haben das Potenzial für einen richtigen Politskandal.

Von Anfang an hat Finanzminister Möller als verantwortlicher Minister klar-gemacht, dass er die politische Verantwortung für die Vorfälle in seinem Haus übernimmt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Aber das war's dann!)

Seit Bekanntwerden der Vorwürfe durch anonyme Hinweise auf einen äußerst kritischen **Landesrechnungshofbericht** an den Kollegen Kubicki und die gesamte Landespresse hat sich der Finanzausschuss in drei langen und anstrengenden Sitzungen um die volle Aufklärung bemüht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben sie nicht gekriegt!)

Dabei ist der Finanzausschuss sogar von dem normalen Verfahren der Prüfung durch die Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ in nicht öffentlicher Sitzung abgewichen, um dem berechtigten öffentlichen Bedürfnis nach Klarheit und Wahrheit in diesem Fall Rechnung zu tragen. Der Finanzminister und seine Mitarbeiter haben den Ausschussmitgliedern in diesen Sitzungen ausführlich Rede und Antwort gestanden. Auch das darf man nicht vergessen.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Günter Neugebauer [SPD])

Man kann kritisieren, dass nicht von Anfang an alle Aspekte auf den Tisch gelegt oder vollständig unter-

(Anke Spoorendonk)

sucht worden sind. Das hätte den Verlauf erleichtert. Aber es handelt sich eben doch um vielschichtige und komplexe Sachverhalte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt!)

Die Diskussion um die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung begann - Sie wissen das - schon 1997 mit der Änderung des **Haushaltsgrundsatzgesetzes**. Alle Parteien des Landtags waren sich damals - und sind sich sicherlich auch heute noch - einig darin, dass zu einer modernen und effizienten Verwaltung die Einführung von modernen Steuerungsinstrumenten gehört. Die Einführung von betriebswirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten

(Zuruf von der CDU: Streuungsinstrumenten?)

wie Budgetierung oder Kosten- und Leistungsrechnung ist sozusagen ein Kernstück der notwendigen Verwaltungsmodernisierung. - Herr Kollege, ich sagte: „Steuerungsinstrumente“!

(Lothar Hay [SPD]: Erklären Sie ihm das doch einmal!)

- Das werde ich im Anschluss an diese Sitzung tun.

Vor diesem Hintergrund mit voller Rückendeckung des Landtags und insbesondere des Finanzausschusses hat sich die Landesregierung 1997/98 darum bemüht, ein Mittelbewirtschaftungs- und Kostenrechnungssystem anzuschaffen. In der damaligen Diskussion spielte es eine wichtige Rolle - ich möchte auch das wiederholen -, dass man bei der Anschaffung eines Computersystems in Schleswig-Holstein keinen Sonderweg gehen wollte. Schlechte Erfahrungen mit der Anschaffung einer EDV-Lösung, die nur für Schleswig-Holstein gilt, gab es leider genug.

(Werner Kalinka [CDU]: Ja!)

Der Landesrechnungshof kritisierte in seinem Bericht das Vergabeverfahren als fehlerhaft und die gewählte Lösung als zu teuer für das Land. Es scheint aber, dass diese Kritik im Ausschuss nicht so stark vorgetragen wurde, sodass wirkliche Zweifel an der Entscheidung aufkamen. Deshalb begrüßt der SSW den heute vorliegenden Änderungsantrag der SPD, in dem gefordert wird, dass untersucht werden soll, in welchem Umfang und in welcher Form der **Landesrechnungshof** an den Beratungen und den Entscheidungen über die Ausschreibung des Computersystems beteiligt war. Alle Beteiligten sollten Interesse daran haben, dass auch in diesem Teilbereich Klarheit geschaffen wird.

Sowohl im Finanzausschuss als auch in der endgültigen Kabinettsvorlage ist auf den ersten Blick plausibel erklärt worden, warum debis/SAP den Zuschlag be-

kam. Aus Sicht des SSW sieht es so aus, dass dem Land kein finanzieller Schaden durch die Entscheidung für diesen Bieter entstanden ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das können Sie doch gar nicht beurteilen!)

Die anderen Anbieter waren zwar formal billiger, aber konnten nicht den gleichen Service und die gleichen Leistungen oder eben nicht die Anforderungen nach Kompatibilität erbringen. Dazu kommt, dass Staatssekretär Döring im Finanzausschuss überzeugend auf die neuesten Erkenntnisse hinsichtlich des künftigen Personalbedarfs hingewiesen hat. Die Angaben über Gesamtkosten von über 800 Millionen DM lassen sich deshalb nicht mehr aufrechterhalten.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Der Landesrechnungshof mag hier anderer Auffassung sein. Vorläufig müssen wir von der Richtigkeit der Zahlen des Finanzministeriums ausgehen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, überhaupt nicht! Nach dem, was wir wissen, wie die tricksen!)

Recht hat der Landesrechnungshof allerdings mit seiner Kritik an einem mangelhaften Vergabeverfahren und insbesondere mit seinem Hinweis, dass eine Kabinettsvorlage keinen vorgeschriebenen Vergabevermerk ersetzt. Das ist für ein Finanzministerium, das selbst die Vergaberichtlinien für alle öffentlichen Behörden des Landes herausgibt, äußerst peinlich.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

In diesem Fall ist zumindest sehr schlampig gearbeitet worden. Hier trägt der Minister formell die politische Verantwortung.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW], Martin Kayenburg [CDU] und Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU])

Allerdings hat der Finanzminister schon Konsequenzen aus diesem mangelhaften Verfahren angekündigt. Ich erinnere daran, dass schon gesagt wurde, dass beispielsweise die **GMSH** verstärkt als **Beratungsinstanz** bei der Vergabe von großen Aufträgen genutzt werden soll.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt!)

Wir meinen auch, dass der Finanzminister durch das externe Gutachten nachvollziehbar dargelegt hat, dass sich aus dem fehlerhaften Vergabeverfahren nach den Regeln, die vor 1999 galten, keine Rechtsansprüche der anderen Bieter ableiten lässt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit bitten.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Natürlich muss es als äußerst merkwürdig bezeichnet werden, dass sowohl der ehemalige Staatssekretär Dr. Lohmann als auch die zuständige Projektleiterin heute bei SAP in Brot und Arbeit stehen. Das an sich ist allerdings nicht strafbar. Hier muss die Staatsanwaltschaft die wahren Zusammenhänge aufklären.

Dennoch wirft dieses unsensible Verhalten besonders auf den damaligen Amtsleiter des Finanzministeriums, der ja im Grunde für die schlampige Aktenführung beim Vergabeverfahren die Verantwortung trägt, ein ganz schlechtes Licht, zumal er auch die Beraterverträge nicht bei seinem ehemaligen Dienstherrn angezeigt hat. Mit seiner damaligen Anzeige bei der Staatsanwaltschaft und einem Dienstaufsichtsverfahren hat das Finanzministerium daher richtig gehandelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht heute allein um die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, nicht darum, schon irgendwelche Ergebnisse, die wir noch nicht kennen, zu debattieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben Sie gerade gemacht!)

Zum Schluss möchte ich daher noch einmal auf einige Punkte zurückkommen, die dem SSW besonders am Herzen liegen.

Erstens. Es ist klar, dass für jede Person bis zum Beweis des Gegenteils die Unschuldsvermutung gilt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Strafrecht!)

Auch das klang in allen Reden heute schon an. Wenn dies aber für die Herren Pröhl und Lohmann in der Frage des Korruptionsverdachts gilt, dann muss es erst recht für Ministerpräsidentin Simonis in der Frage gelten, was sie wann gewusst hat.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW], Klaus-Dieter Müller [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist schon verwunderlich, mit welcher unkritischer Begeisterung sich Medien und Politiker auf die verschiedenen Äußerungen der Herren Pröhl und Brückner gestürzt haben. Kritische Nachfragen nach den Motiven hätten so manchem gut zu Gesicht gestanden. Es darf keine Vorverurteilung betrieben werden, auch nicht, wenn Bundestagswahl angesagt ist.

(Beifall bei SSW und SPD)

Zweitens. Der Untersuchungsausschuss sollte sich vor allem auch mit der Frage beschäftigen, welche Kon-

trollmechanismen versagt haben und wie wir in Zukunft eine Wiederholung solcher Vorfälle verhindern können. Dieses konstruktive Element ist aus Sicht des SSW ein ganz entscheidender Punkt der Ausschussarbeit. Ansonsten kommen wir wirklich nicht weiter.

Drittens. Man kann allen Beteiligten nur raten, sofort alles auf den Tisch zu legen. Wenn die Wahrheit weiterhin scheinbarweise in die Öffentlichkeit gelangt, schadet das nur dem, der sie bisher verschwiegen hat.

(Beifall bei SSW und SPD)

Viertens und Letztens. Der Untersuchungsausschuss darf nicht zu einem permanenten Korruptionsausschuss verkommen, der von jetzt an bis zum Jahre 2005 alle angeblichen Verfehlungen der Landesregierung untersuchen soll.

(Beifall bei SSW und SPD)

Alle müssen darauf achten, dass wir innerhalb

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

- lieber Kollege Kalinka, beruhigen Sie sich - eines angemessenen zeitlichen Rahmens den Untersuchungsauftrag abarbeiten können. Eine fortdauernde Schlammschlacht nützt niemandem und schadet der Demokratie.

(Beifall bei SSW und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Landesregierung erteile ich jetzt der Frau Ministerpräsidentin Simonis das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Schon lange geht es in der Korruptionsaffäre nicht mehr darum, welche privaten Geschäften Karl Pröhl neben seinem Job in der Staatskanzlei illegal betrieben hat und ob er beim Verkauf des Kieler Schlosses eine dubiose Doppelrolle gespielt hat.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Zitat ist nicht von mir, sondern von „Focus“. Bis auf den Punkt, dass Herr Dr. Pröhl die ihm vorgeworfenen Straftaten und Verfehlungen nicht in der Staatskanzlei beging, weil er zur Investitionsbank abgeordnet war und dort seinen Arbeitsplatz hatte, scheint die Aussage trotzdem richtig zu sein, wenn man so manche Äußerung der vergangenen Wochen auf ihre Sinnhaftigkeit hin überprüft. Wenn ich die von manchen Oppositionspolitikern kolportierten Äußerungen richtig deute, die in vertrauten Runden und hinter vorgehaltener Hand mir gegenüber vorgebracht werden, sind einige

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

in der Zwischenzeit schon im Bereich Schmutz und Schmutz angekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, versuchen wir einmal, die Affäre Pröhl vom Kopf auf die Füße zu stellen. Vielleicht können Sie mir folgen. Lassen Sie mich zu Beginn kurz auf die Weltausstellung **EXPO 2000** zu sprechen kommen, die nach anfänglichem Stottern und Stolpern - sie hatte keineswegs Zustimmung durch dieses Haus, jedenfalls nicht von allen Seiten - am Ende ein großer Erfolg für unser Land war. Dieser Erfolg war bislang auch nicht strittig.

Als Dr. Pröhl am 1. September 1996 seine Arbeit als EXPO-Beauftragter begann, war er ein unbelasteter Mitarbeiter und für diese Aufgabe geeignet, was für diesen Bereich seiner Tätigkeit bis heute niemand ernsthaft bestreitet. Auch Personen, die Herrn Dr. Pröhl heute am liebsten nie über den Weg gelaufen sein wollen, versagten ihm damals nicht die Anerkennung.

(Zuruf von der SPD: Stimmt!)

Noch heute sind folgende Sätze im Archiv unter der Internet-Adresse „Arbeit und Leben“ zu finden - ich darf zitieren: „Ein Projektbeirat, dem unter anderem Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Martin Kayenburg, Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, und Dr. Karl Pröhl, Projektleiter EXPO 2000 Schleswig-Holstein, angehörten, verliehen einen mit insgesamt 10.000 DM dotierten Internet-Preis an Provinzial, Nico Pyrotechnik und Drägerwerke“.

Noch ein Hinweis zur Gedächtnisauffrischung: In einer Pressemitteilung der FDP-Fraktion vom 12. Dezember 1996 lese ich im Hinblick auf die Leitung des EXPO-Teams: „Es reicht nicht aus, ein spannendes Drehbuch zu verfassen und einen guten Regisseur mit der brillanten Umsetzung zu beauftragen.“ Damit war ja wohl Dr. Pröhl gemeint.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie haben die Ironie gemerkt, Frau Ministerin? - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die Opposition hätte damals keinen Grund gesehen, Dr. Pröhl mit diesen Aufgaben nicht zu betrauen. Sie sah auch keinen Grund, uns zu warnen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von CDU und FDP)

Der **Aufgabenübertragungsvertrag**, den das Land mit der **Landesbank** schloss, trat nach der Bestätigung durch den Rechnungshof, dem Finanzausschuss und nach Schlusszeichnung durch Staatssekretär Gärtner Ende 1997 rückwirkend in Kraft. Er regelte, dass bei

der **Investitionsbank** für die Wahrnehmung der Aufgaben, die Beteiligung Schleswig-Holsteins an der EXPO 2000 vorzubereiten, eine Projektgruppe eingerichtet wird. In dem Vertrag heißt es: „Die Projektgruppe führt den Namen „EXPO-Projekt 2000 Schleswig-Holstein“ und tritt nach außen mit eigenem Logo auf. Sie tritt im Rechtsverkehr unter ihrem Namen mit dem Zusatz bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein auf.“

Dr. Karl Pröhl ist mit Wirkung vom 1. September 1996 an die Staatskanzlei versetzt worden. Seit diesem Datum ist er als EXPO-Beauftragter und Leiter der Projektgruppe EXPO 2000 tätig. Er arbeitete zunächst in Büroräumen der Dänischen Straße in Kiel und später in der Investitionsbank. Die Räume wurden auf Kosten der Investitionsbank angemietet. Die Personalkosten für Herrn Dr. Pröhl wurden von der Staatskanzlei getragen. Auf der Grundlage des Aufgabenübertragungsvertrages wurde Dr. Pröhl am 1. März 1998 auch formal an die Investitionsbank abgeordnet. Das Weisungsrecht für die vom Land abgeordneten EXPO-Mitarbeiter wurde in § 7 Nr. 2 des Aufgabenübertragungsvertrages geregelt. Das haben wir im Übrigen öfter, dass **Dienstaufsicht** und **Fachaufsicht** getrennt sind.

Dr. Pröhl hatte als Leiter dieser Gruppe eine Vertrauensstellung, die bestimmte Rechte, aber natürlich auch Pflichten beinhaltete. So war er ausgenommen worden, eine Zeitkarte zu stechen. Er hatte eine generelle Reiseerlaubnis für Dienstreisen bekommen und durfte jederzeit die Bank verlassen, wann immer er es für richtig gehalten hatte.

Am 12. Dezember 1996 begrüßte Herr Kayenburg in einer Rede vor dem Landtag wörtlich, „dass das Projektmanagement aus den Verwaltungsstrukturen der Regierung heraus gelöst wurde und damit flexibel gestaltet wird. Die Organisationsstruktur ist überzeugend, und auch die Einbindung der gesellschaftlich relevanten Gruppen und insbesondere des Parlaments entspricht unseren Vorstellungen.“

Die Projektgruppe, der Lenkungsausschuss, das Kuratorium und die Landesjury haben gute Arbeit geleistet. Das ging nur, weil alle Beteiligten eng und gut zusammengearbeitet haben. Niemand konnte ahnen, weder Klaus Gärtner, Klaus Haller, die drei Vertreter des Landes, die Vertreter der Investitionsbank

(Lachen bei CDU und FDP - Zuruf von der CDU: Lächerlich!)

im Lenkungsausschuss und alle anderen, mich eingeschlossen, dass gegen Herrn Dr. Pröhl eines Tages strafrechtlich ermittelt werden würde. Inszenierungen, wie sie heute Morgen von Herrn Kayenburg in die

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Luft gestellt wurden, ich hätte durch bewusstes Wegsehen die womöglich kriminellen Aktivitäten von Herrn Dr. Pröhl unterstützt, ja, sogar gefördert, weise ich mit Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei SPD und SSW)

Weil ich schon einmal beim Korrigieren bin, würde ich gern auf das zweimal falsch zitierte Interview von mir im „Hamburger Abendblatt“ eingehen.

(Zuruf von der CDU: Ach was?)

- Ja, damit es richtig in den Büchern steht -. Ich beginne: „Der Chef der Staatskanzlei, Klaus Gärtner, hat die politische Verantwortung übernommen und gibt sein Amt ab, weil er Hinweise auf eine Nebentätigkeit von Herrn Pröhl übersehen hatte, und nicht etwa, weil er kriminelle Geschäfte deckt.“

Es geht weiter: „Herr Dr. Pröhl hatte bestimmte Freiheiten. Das war auch vernünftig so. Er sollte das ganze Land in eine EXPO-Stimmung versetzen. Ich habe ihm vertraut. Von seinem Doppelleben“ - das ist der entscheidende Punkt, den Sie unterschlagen haben - „habe ich nichts gewusst. Auch Herr Gärtner nicht. Wenn ich es gewusst hätte, hätte er es gewusst, und umgekehrt.“

Das gilt auch heute noch so, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So war unser Zitat! Mehr nicht! - Zuruf von der CDU: Schön, dass Sie das bestätigen!)

- Nein, Sie stellen das in einen anderen Zusammenhang. Herr Kayenburg hat heute Morgen gesagt, ich hätte durch Wegschauen die Aktivitäten von Herrn Pröhl unter Umständen gefördert oder sogar gedeckt. Dann kommt dieses Zitat. Das ist genau der entscheidende Zusammenhang, den Sie hergestellt haben.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ähnlich wie beim erfolgreichen Verlauf der EXPO-Präsentation zeigt auch unsere Offensive am Gesundheitsmarkt erste Früchte und Erfolge.

(Lachen bei CDU und FDP)

Dem Ziel, Schleswig-Holstein als Gesundheitsland zu profilieren, galten auch zwei medizinisch weltweite Projekte, die wir auf der EXPO präsentiert haben. Das war die Weltneuheit eines „Anästhesiearbeitsplatzes der Zukunft“ bei der Firma Dräger - das hat mit Kamelen nichts zu tun, Herr Kalinka - und das Schulungszentrum für moderne videoskopische Chirurgie in Norderstedt. Auch an der späteren entstandenen Gesundheitsinitiative, die für unser Land neuen und gro-

ßen Schwung gebracht hat, beteiligten sich namhafte Firmen des Landes.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Teilweise süffisante Bemerkungen der Opposition zum Thema Wellness machen es notwendig, auf die Bedeutung dieser Initiative für die Firmen, für die Menschen, die dort arbeiten, und für den Standort Schleswig-Holstein zu verweisen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich jedenfalls setze mich energisch für diesen Markt ein und stelle mich auch vor Firmen, die Wellness richtigerweise als Zukunftsmarkt angesehen haben und dort tätig sind.

(Beifall bei der SPD)

Daran hängen Tausende von Arbeitsplätzen. Das kommt unserer Exportwirtschaft und unserem internationalen Ansehen zugute. Ich verweise auf die norwegischen und dänischen Patienten, die bei uns Aufnahme finden, und auf viele Kooperationen im medizinwissenschaftlichen Bereich.

Der Fall Pröhl eignet sich jedenfalls nicht dafür, gegen die Erfolge unserer Gesundheitsinitiative zu Felde zu ziehen.

Herr Dr. Pröhl hatte einen unbefristeten Arbeitsvertrag mit dem Land und somit Anspruch darauf, nach seiner Tätigkeit für die EXPO wieder in eine Dienststelle in der Landesverwaltung zurückzukehren. Deswegen haben wir bis zuletzt Vorkehrungen getroffen, um ihm eine Position in der Landesverwaltung freizuhalten. Laut Protokoll wurde auf der Personalreferentenkonferenz am 30. Januar dieses Jahres um Unterstützung bei der Suche nach einer Verwendungsmöglichkeit von Dr. Pröhl bis spätestens zum 1. Juli 2002 gebeten.

Wir sind also - ich zumindest - fest davon ausgegangen, er würde zu uns zurückkommen.

Dr. Pröhl hatte aufgrund seiner EXPO-Erfahrungen und -Kontakte medizinische Projekte in den Staaten Oman, Katar und Palästina betreut. Diese Aufgaben wurden von uns nie bestritten. Es waren keine Geheimaufträge und schon gar keine dubiosen.

(Zuruf)

Weitere namhafte Unternehmen wie Siemens, Dräger und ORGA, aber auch Kliniken, Universitätskliniken, Verbände oder Institutionen hatten Interesse an solchen Projekten. Sie waren bei den Vorbereitungsgesprächen mit dabei und entsandten bei Reisen ins Ausland zum Teil Firmenvertreter, insbesondere in den Vorderen Orient, der als vielversprechender Markt gilt

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

und auch von der Bundesregierung sorgsam gepflegt wird. Das wird Ihnen mindestens, Herr Kubicki, der anerkannte Arabienexperte Möllemann sicherlich gern bestätigen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich werde ihn einmal fragen!)

Auf Initiative der Christian-Albrechts-Universität und des dortigen Sportmedizinischen Instituts kam 1999 eine hochkarätige Delegation aus **Katar** nach Schleswig-Holstein. Die Delegation unter Leitung des dortigen zuständigen Staatssekretärs im Jugend- und Sportministerium besuchte unter anderem die Klinik in Damp und die Christian-Albrechts-Universität in Kiel. Die Ergebnisse dieser Besichtigung beeindruckte die Mitglieder der Delegation so sehr, dass im Anschluss eine wirtschaftliche Kooperation ins Auge gefasst wurde, bei der es um die Errichtung eines Sport- und Rehazentrums in diesem arabischen Land gehen sollte.

Deshalb wurde die Landesregierung um Unterstützung gebeten. Dies hat die Landesregierung auch dem Land zukommen lassen, wie Sie in der Zwischenzeit bestimmt schon aus Pressemitteilungen mitbekommen haben, aber spätestens im Untersuchungsausschuss aus den Akten entnehmen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, beim Treffen mit dem omanischen Außenminister am 2. März 2001 ging es um ein **Wellnessprojekt**, das für die schleswig-holsteinischen Firmen von Interesse sein konnte. Dieses Markenzeichen Schleswig-Holsteins wollten wir auch an dieser Stelle unterstützen und die Qualitätsmaßstäbe, die sie offensichtlich in unserer Arbeit gesehen haben, wollten sie gern nach außen tragen.

Ich habe deshalb auf Bitten eines Heikendorfer Arztes den Außenminister Omans im Gästehaus empfangen. Ich habe weder während des Essens mit dem omanischen Außenminister noch davor, noch danach mit Herrn Dr. Pröhl und Herrn Brückner über den Wechsel von Dr. Pröhl zu B & B gesprochen. Ich wusste zu diesem Zeitpunkt auch nicht, mir war nicht bewusst, wer Herr Brückner war. Ich hätte es übrigens als eine ausgesprochene Unhöflichkeit empfunden, mich im Beisein eines Staatsbesuchs über das berufliche Fortkommen eines Mitarbeiters, der mit am Tisch gesessen habe, zu unterhalten.

Bei dem Treffen handelte es sich um einen Termin, der die Möglichkeiten für schleswig-holsteinische Firmen, auf dem Gesundheitsmarkt in Oman tätig zu werden, vorsondieren sollte. Feste Absprachen oder das Zustandekommen eines Vertrages standen nicht zur Debatte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wann immer Sie über diese Aktivitäten reden, kommt leise Ver-

achtung oder Hohn in Ihre Stimme. Das, was Sie manchmal über arabische Länder durchblicken lassen, ist nicht gerade nützlich bei weiterer Zusammenarbeit mit diesen Regionen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich jedenfalls möchte sehr gern klar machen, dass die Landesregierung unsere arabischen Gesprächspartner ernst nimmt, sie durch solche Bemerkungen nicht kränken möchte, und wir möchten gern, dass wir endlich aus der provinziellen Sicht herauskommen, dass Sachen nur gut sind, die innerhalb unseres Landes unter unseren Akteuren stattfinden. Es darf auch gern ein bisschen Außenkontakt dabei sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Übrigen, auch der Bundeswirtschaftsminister hat am 12. Oktober des vergangenen Jahres den omanischen Außenminister empfangen. Das Land am Golf befindet sich auf einem wirtschaftlich stabilen Kurs, es gilt als interessanter Handelspartner für die Bundesrepublik Deutschland, der übrigens neben dem Ausbau eines medizinischen Systems auch das Bildungssystem zu seinem Hauptziel erklärt hat.

Bereits bevor der Außenminister Omans und seine Begleiter aufbrachen, musste ich an jenem 2. März wegen eines unaufschiebbaren anderweitigen Termins die Runde verlassen. Die Gerichte haben inzwischen auf dem Wege einstweiliger Verfügung dem „Focus

Bild“ und Herrn Brückner untersagt, die in der Presse wiedergegebenen Behauptungen gegen mich weiter wörtlich oder sinngemäß zu verbreiten.

Was die Verletzung meiner Persönlichkeitsrechte anbelangt - nur um solche geht es hier -, können Sie sicher sein, dass ich die entsprechenden juristischen Mittel ergreifen werde, um die Hilfe der Gerichte in Anspruch zu nehmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Ich werde auch nicht die Ratschläge mancher Oppositionsabgeordneten befolgen, die sich jetzt nebenberuflich und rührend als meine Rechtsberater zur Verfügung stellen wollen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wichtiger scheint mir die Auseinandersetzung in der Politik. Deswegen möchte ich hier noch einmal deutlich betonen: Ich halte es wie alle meine Kollegen für eine der vorrangigsten Aufgaben, der Wirtschaft unseres Landes im Ausland Türen zu öffnen und Kontakte zu ermöglichen sowie ausländischen Kunden, die zu

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

uns kommen, Wege zu ebnen und sie mit Partnern zusammenzubringen, die ihnen helfen können.

Das haben wir bei der Windenergie getan, bei der Medizintechnik und bei diversen Umwelttechnologien. Ob in China, in Japan, in den USA, in arabischen Ländern oder im Baltikum, überall wird die Landesregierung so wie bisher ihre Aktivitäten auch weiterhin entfalten, wenn es um die Förderung internationalen Handels geht, und ich habe das Gefühl, die Firmen in unserem Land begrüßen das ausdrücklich.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es geht um Arbeitsplätze, es geht um Exportchancen, es geht um internationale Wettbewerbsfähigkeit, es geht um die Zukunft unseres Landes. Wir haben auf Reisen ins Ausland in aller Regel Unternehmer aus Schleswig-Holstein dabei und auch in Zukunft werde ich solche Reisen organisieren.

Lassen Sie mich bitte noch eines einschieben: Ich bin für unkomplizierte persönliche Kontakte mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch mit anderen bekannt. Wer mit mir sprechen will, kann dies ohne Probleme und Umstände zeitnah realisieren. Wer mir allerdings in einem solchen Gespräch eröffnet, dass er sich unter Umständen krimineller Aktivitäten schuldig gemacht hat, der kann nicht damit rechnen, dass ich dies decke oder etwa unter lockerem Umgangston abbuche.

Nun hat es Hinweise gegeben, ich hätte nur ins Internet schauen müssen unter einer Adresse, die ich bis dato nicht kannte, um Herrn Pröhls Aktivitäten entdecken zu können. Vielen Dank für diesen Ratschlag; etwas früher hätte er uns vielleicht sogar geholfen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber ich werde auch in Zukunft nicht jeden Morgen die Namen aller meiner Gesprächspartner und Mitarbeiter mithilfe von Suchmaschinen im Internet durchchecken.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dabei ist die Adresse www.alleco.de durchaus interessant. Allein der Name Kubicki kommt dort 22 Mal vor, der Name Kayenburg fünf Mal und der Name Wadepful nur einmal. Was sagt mir das, dass dort Kubicki 22 Mal und Wadepful nur einmal auftaucht?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass der ehemalige Chef der Staatskanzlei übersah und nicht nachfragte, warum plötzlich im Briefkopf der Ge-

schäftsleitung B & B gerRelations AG Dr. Karl Pröhl als Vorstand genannt wurde, hat er als seinen persönlichen Fehler erkannt und daraus die Konsequenzen gezogen.

Was sind die Fakten? - Mit Schreiben vom 14. September 2001, Eingang 20. September 2001, zeigt Dr. Pröhl seine Ernennung in den Vorstand der Firma Brückner an und legt zur Bestätigung ein Schreiben vom 27. August 2001 der B & B gerRelations AG bei, aus der ich bitte zitieren darf:

„Sehr geehrter Herr Dr. Pröhl, hiermit bestätige ich Ihnen als Vorsitzenden des Aufsichtsrates der B & B gerRelations AG, dass mit Ihrer Bestellung zum Mitglied des Vorstandes bisher kein Arbeitsverhältnis mit Ihnen begründet wurde. Ihre Bestellung zum Vorstandsmitglied erfolgte vorsorglich. Die B & B gerRelations AG rechnet in noch unbestimmter Zukunft mit dem Abschluss von Geschäften. Erst dann und nach Ihrem ordnungsgemäßen Ausscheiden aus dem Landesdienst sind alle Voraussetzungen gegeben, um ein Arbeitsverhältnis mit Ihnen zu begründen.“

(Martin Kayenburg [CDU]: Fragen Sie mal Ihre Justizministerin!)

Wie, bitte, konnte der bearbeitende Mitarbeiter ahnen, dass dies nicht stimmen könnte, wenn ihm ein solches offizielles Schreiben vorgelegt wird?

In weiteren Schreiben wurde diese Haltung der Firma B & B bestätigt. Das deckt sich auch mit Aussagen von Dr. Büchmann, der am 5. Juli 2001 darüber mit Dr. Karl Pröhl sprach. Die Personalabteilung der Staatskanzlei hat auf das Schreiben vom 14. September 2001 umgehend am 25. September mit der Fragebogenübersendung zur **Nebentätigkeit** um weitere Auskünfte zu diesem Beschäftigungsverhältnis gebeten.

Im Antwortschreiben von Dr. Pröhl, datiert auf den 30. September, eingegangen am 10. Oktober, äußert Dr. Pröhl die Ansicht, die Nebentätigkeit sei nicht genehmigungspflichtig. Darüber hinaus gibt er an, dass er im operativen Sinne nicht tätig werde. Die Fragebogen sendet er nicht zurück. Er wird nochmals am 16. Oktober schriftlich um Konkretisierung seiner Beschäftigung gebeten. Der Fragebogen wird ein zweites Mal beigefügt. Nach rund einem Monat, am 20. November, geht dieser Fragebogen falsch ausgefüllt an uns zurück. Danach ist Dr. Pröhl sechs Wochen im Urlaub und es gab Kontakte zur Nachbesserung des Fragebogens, der endlich am 13. Februar bei uns ordnungsgemäß eingegangen ist.

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Bereits nach einer Woche, also am 20. Februar, wurde diese beantragte Nebentätigkeit schriftlich untersagt, weil eine Beeinträchtigung dienstlicher Interessen nicht ausgeschlossen werden konnte.

Der Leiter der zuständigen Abteilung, Dr. Knud Büchmann, entschied sich für eine restriktive Auslegung des Beamtenrechts. Und das war auch gut so. Als diese Absage in die Post ging, wurde ich informiert. Es gab auch keinerlei Grund, mich vorher über den personaltechnischen Vorgang zu unterrichten.

Eine Internet-Recherche in der Staatskanzlei - wiederum unter der Firmenadresse, die ich vorhin genannt habe - ergab am 1. März 2002, dass Dr. Pröhl in weiteren Firmen eingetragen war. Darauf begann noch am selben Tag ein dienstrechtliches Verfahren. Am 8. März 2002 wurde die Geschäftsleitung der Investitionsbank unterrichtet und um Klärung dienstrechtlicher Fragen gebeten. Die unmittelbare **Dienstaufsicht** lag wegen der Trennung in Fach- und Dienstaufsicht schließlich bei der **Investitionsbank**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen das so ausführlich geschildert, weil ich Ihnen erklären wollte, dass ich mich durch den ehemaligen Mitarbeiter Dr. Pröhl wissentlich getäuscht sehe. Das Vertrauen war und ist erschüttert und ich fühle mich sogar hintergangen. Seit Bekanntwerden der Einzelheiten nach dem 1. März 2002 stellte sich sofort die Frage, wie wir uns von Dr. Pröhl möglichst umgehend trennen könnten. Letztlich blieb uns nach unserer Einsicht nur die fristlose Kündigung übrig.

Wenn Herr Dr. Pröhl und Herr Brückner jetzt durch falsche Anschuldigungen ihre Haut zu retten versuchen, kann ich dagegen nur juristisch vorgehen. So hatte ich vor dem 20. Februar 2002 keine Anhaltspunkte dafür, dass die beiden Herren in verschiedenen Firmen gemeinsame Geschäfte machen.

Ich darf festhalten: Die in Verdacht stehenden kriminellen Machenschaften des Herrn Dr. Pröhl werden durch die **Staatsanwaltschaft** ermittelt. Seine **dienstrechtlichen Vergehen** sind von der Staatskanzlei dargestellt worden.

Gegen aus der Luft gegriffene Behauptungen, die fern jeglicher Realität sind, kann man sich nur juristisch wehren. Manche sind einfach nur lächerlich, in der Hoffnung, irgendetwas bleibe schon hängen. Ich kann Ihnen versichern: Ich werde weiter Klavierstunden, aber nie Reitunterricht nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an den Anschuldigungen gegen die Staatskanzlei ist politisch nichts dran; dennoch können Sie mich politisch angreifen. Das ist Ihr gutes Recht. Aber ich verwahre mich ganz entschieden gegen einen Sprachgebrauch,

den meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als verlost empfinden, wenn die Beschäftigten der Landesregierung mit „mafiösen Machenschaften“ in Verbindung gebracht werden oder die Staatskanzlei als „grottenschlechter Trümmerhaufen“ bezeichnet wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spooren-donk [SSW])

Das beleidigt die Mitarbeiter und tut ihnen bitter unrecht.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht Ihnen mangels anderer Sachen doch offensichtlich nur darum, die Landesregierung zu diskreditieren. Auch das ist Ihr gutes Recht. Aber lassen Sie bitte auch in einem Wahljahr die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter außen vor, wenn Sie sich mit uns auseinander setzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was bleibt also als Kern des Falls Dr. Pröhl übrig? - Eine Personalentscheidung hat sich in letzter Konsequenz als ein großer Fehler herausgestellt. Das enttäuscht mich. Ich kann es nur leider nicht mehr ändern. Dass ich persönliche Kontakte mit meinen Mitarbeitern habe, ist völlig normal und entspricht meinem Politikverständnis und auch meinem Menschenbild. Umso betroffener bin ich selbst von dem Vertrauensbruch.

Die Staatskanzlei hat die Nebentätigkeit dieses Mitarbeiters untersagt. Ich habe den Mitarbeiter, weil mein Vertrauensverhältnis zu ihm gestört ist, fristlos entlassen. Die Staatsanwaltschaft prüft, ob strafrechtliche Vergehen bei Herrn Dr. Pröhl vorliegen. Damit liegt der Fall jetzt bei der Staatsanwaltschaft.

Der Chef der Staatskanzlei hat Fehler eingeräumt, hat dafür die politische Verantwortung übernommen und ist in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

Auch wenn Sie es gern möchten, mehr ist dazu nicht zu sagen.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall beim SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Rainer Wiegand.

Rainer Wiegard [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Nach Artikel 18 der Landesverfassung hat der Landtag das Recht, zur Aufklärung von Tatbeständen im öffentlichen Interesse einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Das wollen wir heute gemeinsam tun. Wenn man den Erklärungen der anderen Fraktionen folgt, werden sie unserem Antrag zustimmen.

Wenn Gesetzesbrüche, Rechts- und Regelverletzungen, persönliches Fehlverhalten offenbar zum täglichen Handwerkszeug einer Landesregierung gehören, dann ist dieses öffentliche Interesse hinreichend belegt. Die Menschen in Schleswig-Holstein sind besorgt. Wenn im Zusammenhang mit Regierungshandeln Unregelmäßigkeiten, Gesetzesbrüche, Verfehlungen, sogar der Verdacht krimineller Handlungen und - glaubt man den Veröffentlichungen in der Presse - auch persönliche Freundschaften, Lebensgefährten und Ehepartner in Regierungshandeln eingebunden sind, dann ist die Besorgnis der Menschen zutreffend beschrieben.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Joachim Behm [FDP])

Es geht deshalb auch um die Frage, wie der tatsächliche Zustand des Staatsapparates im Vergleich zu dem gewollten Zustand, wie wir ihn durch Verfassung und Gesetze beschrieben haben, ist. Es geht - wenn Sie dies vereinfacht dargestellt haben wollen - um den Unterschied zwischen der tatsächlichen Verfasstheit und der gewollten Verfassung, in der sich der Staatsapparat befindet.

Die Klärung der **strafbaren Handlungen** ist nicht Angelegenheit des Untersuchungsausschusses. Dafür haben wir Staatsanwälte und Richter. Unser Auftrag ist festzustellen, was konkret geschehen ist, warum es geschehen ist, wer an Entscheidungen mitgewirkt hat, die im öffentlichen Interesse zu fällen waren, und wie alles das, was wir inzwischen an Widersprüchlichem erfahren haben, überhaupt geschehen konnte. Schließlich haben wir daraus unsere Konsequenzen zu ziehen.

Meine Damen und Herren, es ist im **öffentlichen Interesse** festzustellen, wie es möglich ist, dass ein auf die Achtung der Verfassung und die Einhaltung der Gesetze vereidigter Minister Haushaltsgesetze ignoriert und umgeht, wie sich ein solcher Minister noch Monate nach Kenntnis der Vorhaltungen durch den Landesrechnungshof im zuständigen Finanzausschuss um die Wahrheit drückt und schließlich immer nur das zugibt, was inzwischen nachweislich bereits ermittelt ist.

Es im öffentlichen Interesse festzustellen, wie es möglich ist, dass Millionenaufträge - nicht nur ein einziger,

sondern gleich mehrere hintereinander und in Folge - ohne Rücksicht auf das Vergaberecht vergeben werden konnten. Niemand in dem ganzen Apparat hat warnend seinen Finger gehoben und darauf aufmerksam gemacht, dass dies so nicht geht.

Es ist im öffentlichen Interesse festzustellen, wie es möglich ist, dass ein dienstleistendes Unternehmen vom Finanzministerium angewiesen wird, Rechnungen für bereits erbrachte und beauftragte Dienstleistungen wieder zu stornieren, weil in der Landeskasse im Augenblick nicht genügend Geld ist, und Rechnungen für noch zu erbringende Dienstleistungen, die auch beauftragt sind, nicht zu erstellen. Es ist unerklärlich, wie eine verdeckte Kreditaufnahme, indem diese Aufträge dann über viele Jahre hinterher in einen neuen Vertrag eingebunden werden, schließlich nur betrieben werden kann.

Es ist im öffentlichen Interesse festzustellen, wie es möglich ist, dass die Empfehlung eines hoch bezahlten Beraters, der eigens zur Bewertung des auszuwählenden Systems beschäftigt wird, einfach ins Gegenteil verkehrt werden kann durch eine Anweisung des Ministers, wie es möglich ist, dass Testverfahren betrieben werden - gegenüber den politischen Gremien erläutert -, die überhaupt nicht stattgefunden haben, weil sie nicht stattfinden konnten, weil die Instrumente dazu überhaupt noch nicht erarbeitet waren.

Es ist schließlich im öffentlichen Interesse festzustellen, wie es möglich ist, dass die Entscheidung für ein gewolltes System für die Landesverwaltung bereits vor Abschluss dieser Teststellungen gefällt wurde, nämlich am ersten Tag der Teststellungen, nachdem SAP seine Vorstellungen abgeschlossen hatte.

Es ist ganz sicher im öffentlichen Interesses festzustellen, wie es möglich ist, dass der verantwortliche Minister und sein jeweiliger Staatssekretär nicht dafür gesorgt haben, dass Gesetze und Vergaberecht eingehalten werden und dass keiner der vielen an dem Verfahren Beteiligten - das gilt auch für die externen Unternehmen, denen das Vergaberecht Schleswig-Holsteins nicht unbekannt ist, wie wir aus vielen Beratungen mit kommunalen Verwaltungen wissen - dem gewählten Verfahren widersprochen hat.

Es ist schließlich auch im öffentlichen Interesse festzustellen, wie es möglich ist, dass ein ehemaliger Staatssekretär und heutiger Berater von debis/SAP im Dienstwagen des Finanzministers zu seinem neuen Arbeitsplatz gefahren wird, dass er keinen Pfennig dazugezahlt hat und dass der Herr Minister von nichts weiß.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist ja nun wirklich Schwachsinn!)

(Rainer Wiegard)

Herr Minister, Sie müssen sich selbst und uns natürlich auch die Frage beantworten, wie es im Umgang miteinander handhabbar sein soll, dass das, was der **Rechnungshof** festgestellt hat und was wir noch genauer untersuchen werden, das Einzige war, bei dem Sie, was die Einhaltung von Haushaltsgesetzen und die Einhaltung von Vergaberecht angeht, gegen die Regeln verstoßen haben, aber alles das, was vorher und nachher stattgefunden hat, voll im Einklang mit ebendiesen Regeln stehen soll.

Es fällt schwer, das zu glauben. Es fällt deshalb auch schwer, in diesen Tagen und Wochen so bedeutende Projekte wie die Neustrukturierung der Landesbank mit Ihnen gemeinsam zu entwickeln, wenngleich manche Teile dieses Projekts richtig sind. Aber auch damals war manches, was Sie zu dem hier jetzt kritisierten Projekt und Ihrer Vorgehensweise vorgetragen haben, durchaus nicht unschlüssig. Es war allerdings häufig nicht wahr. Genau das ist das Problem.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, es ist im öffentlichen Interesse festzustellen, warum diese Landesregierung offenbar einen „Außenminister“ ohne dafür ausgewiesenen Geschäftsbereich installiert, dessen Handlungen sich deshalb der parlamentarischen Kontrolle entziehen.

Es ist im öffentlichen Interesse festzustellen, wie es möglich ist, dass über Monate mit Dr. Pröhl in der Staatskanzlei über seine Nebentätigkeit verhandelt wurde, dass in demselben Zeitraum, also parallel dazu, mit Dr. Pröhl auch über seine mögliche Nebentätigkeit im Finanzministerium gesprochen wurde und dass beide Seiten behaupten, sie hätten sich gegenseitig nicht davon unterrichtet.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist unglaublich!)

Ich glaube, dass die Öffentlichkeit einen Anspruch hat festzustellen und zu erfahren, ob diese Aussagen so richtig sind und wie die Kontrolle, wie ein Berichtswesen über wichtige Sach- und Personalentscheidungen dieser Landesregierung konstruiert ist. Es geht also auch um die Verfasstheit; es geht um den Zustand.

Es ist im öffentlichen Interesse festzustellen, wie es möglich ist, dass ein Angestellter des Landes über Monate an mindestens einem Dutzend Verhandlungen des Landes mit einem interessierten Unternehmen auf der Seite des interessierten Unternehmens, nämlich des Interessenten an dem Kieler Schloss, teilgenommen hat, ohne dass irgendjemand ihn daran gehindert hat, dies zu tun. Auch zum Schluss ist sein Fernbleiben nicht durch unmittelbare Weisung gegenüber ihm ausgelöst worden, sondern durch einen mittelbaren Kon-

takt über den Interessenten. Das ist ein unglaublicher Vorgang. Es besteht ein öffentliches Interesse zu erfahren, wie dies möglich war.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist im öffentlichen Interesse festzustellen, wie es möglich war, dass die Staatskanzlei nach monatelangen Verhandlungen mit Herrn Dr. Pröhl über seine Nebentätigkeiten ihm diese nun am 20. Februar, wie wir hören, wegen der unzulässigen Verbindung von privaten und beruflichen Interessen untersagt, aber noch eine Woche später das Finanzministerium im Finanzausschuss im Rahmen einer Zwischenberichterstattung über den Verkauf des Kieler Schlosses, die von uns beantragt war, vehement dafür wirbt, das Projekt Kieler Schloss an ebendieses Unternehmen zu vermitteln. Meine Damen und Herren, das ist ein unglaublicher Vorgang.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist auch im öffentlichen Interesse festzustellen, wie es möglich sein kann, dass Herr Dr. Pröhl wegen seiner bei der EXPO gewonnenen Erfahrungen - Zitat: Windenergie und Gesundheitsprojekte waren die Renner unseres EXPO-Auftritts - von der Landesregierung bereits im Jahre 1999 nach Nahost entsandt wird, um dort Projekte zu befördern, weil er ja anlässlich der EXPO besondere Erfahrungen gewinnen konnte. An sich ist das ja schlüssig. Die EXPO hat aber erst im Jahre 2000 ihre Pforten geöffnet und diese Reisen waren im Jahre 1999.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist im öffentlichen Interesse, dies festzustellen.

Es ist insbesondere auch im öffentlichen Interesse festzustellen, warum die Mehrheitsfraktion Herrn Gärtner am 16. April, einen Tag nach seinem Ausscheiden, auffordert, nun alle Fakten offen auf den Tisch zu legen, und warum die Ministerpräsidentin ihm nicht spätestens einen Tag vor seinem Ausscheiden die dienstliche Weisung gegeben hat, eben all dies offen darzustellen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist natürlich erst recht im öffentlichen Interesse zu erfahren, ob es zutreffend ist, dass Herr Gärtner nach dem 20. Februar 2002, dem Tag der Versagung der Nebentätigkeit durch die Staatskanzlei, Herrn Pröhl gebeten hat, die Originale der Korrespondenz zwischen der Staatskanzlei und den B & B-Firmen zu besorgen, wie es in den Medien zitiert wird. Meine Damen und Herren, wozu soll dies wohl besorgt werden? Ist diese Nachricht nicht allein ein zwingender

(Rainer Wiegard)

Hinweis, nun endlich ein Disziplinarverfahren einzuleiten?

(Beifall bei CDU und FDP)

Neben der Aufklärung bezüglich dieser vielen Widersprüche und Äußerungen liegt es, glaube ich, auch im öffentlichen Interesse zu erfahren, wie bestimmte Äußerungen zu werten sind, die die Ministerpräsidentin hier tut. Niemand wird ihr, wie ich glaube, unterstellen, dass sie in diesem Zusammenhang und bei der Brisanz, die diese Vorgänge haben, leichtfertig irgendetwas vor sich hinplappert, wie es sonst durchaus schon einmal ihre Art und Weise ist.

Ich will ein Zitat nennen, dem bisher nicht widersprochen worden ist. Die Ministerpräsidentin soll vor der SPD-Fraktion gesagt haben: Ich lüge nicht und Herr Gärtner lügt auch nicht an dieser Stelle.

Meine Damen und Herren, es ist schon im öffentlichen Interesse zu wissen, an welcher Stelle Herr Gärtner denn lügt, wenn die Ministerpräsidentin hier diese Einschränkung macht. Es ist auch von Interesse, die Aussage „ich lüge nicht“ einer besonderen Bewertung zu unterziehen. Welche Bedeutung hat eine solche Aussage? Nicht zu lügen ist doch kein Qualitätsbeweis, Frau Ministerpräsidentin. Nicht zu lügen ist eine Selbstverständlichkeit und bedarf keines besonderen Zertifikats.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

- So ganz lächerlich kann ich das eigentlich nicht finden. Ich glaube, dass eine Regierungschefin nicht betonen muss, dass sie nicht lügt. Sie muss betonen, dass sie in vollem Umfang die Wahrheit sagt und die Vorgänge transparent macht, insbesondere in einer so kritischen Phase, wie wir sie hier jetzt haben.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Wortklauberei!)

Meine Damen und Herren, diese Regierung hat schon jetzt bei beiden Sachverhalten, die uns bekannt sind, ihre Glaubwürdigkeit verloren und das Vertrauen der Menschen in ein verlässliches, kontrollierbares demokratisches Handeln erschüttert. Das trifft im Übrigen alle anderen Parteien gleichermaßen. Herr Möller haftet politisch für sein Handeln und für das seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Frau Simonis haftet für ihr Handeln und für ihr Nichthandeln gleichermaßen, für das ihrer Machtzentrale, der Staatskanzlei, und für die Mitglieder ihres Kabinetts.

Alle haben nun bekundet, dass sie an der Aufklärung mitwirken wollen. Tun wir das also alle mit Sorgfalt und Nachdruck, wie das hier bekundet worden ist. Wer sich hier versagt, versagt.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Günter Neugebauer das Wort.

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Lothar Hay, hat heute Morgen für die Fraktion den festen Willen zu umfassender und gründlicher Aufklärung dieser Vorgänge bekundet. Das, was er generell gesagt hat, gilt auch für die Einführung und Vergabe des Mittelbewirtschaftungs- und Kostenrechnungssystems, zu dem ich mich jetzt hauptsächlich äußern will. Da es sehr schwierig ist, dieses sehr lange Wort ständig zu wiederholen, und es auch sehr viel Zeit in Anspruch nimmt, bitte ich, damit einverstanden zu sein, dass ich künftig von KLR spreche.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich freue mich, dass der Kollege Kubicki zustimmt. Wir können und wollen die Opposition nicht daran hindern, im Ausschuss Fragen und Beweisanträge zu stellen. Was wir nicht akzeptieren können und wollen, ist die undifferenzierte Zuordnung von Verantwortlichkeiten und Vorwürfen. Wir werden auch nicht den Versuch akzeptieren, den wir heute Morgen mehrfach erlebt haben, aus Spekulationen Beweise zu machen und daraus Vorwürfe zu konstruieren. Das werden wir auch im Untersuchungsausschuss nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das geht auch gar nicht!)

Die Reden, die wir heute Morgen - auch von Ihnen, Kollege Kubicki - gehört haben,

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: War eine gute Rede!)

lassen, ebenso wie das, was wir aus Anlass des Entlassungsantrags der CDU vom 20. Februar in diesem Hause gehört haben, leider vermuten, dass es der Opposition nicht nur um Aufklärung und nicht nur um die Sache geht, sondern dass sie dabei auch wichtige Wahlkampftermine im Auge hat.

Ginge es der Opposition ausdrücklich um die Sache, bliebe heute festzustellen: Der Finanzausschuss hat umfangreiche Beratungen zum Komplex **KLR** durchgeführt. Der Finanzausschuss hat die Feststellung des **Landesrechnungshofs**, nachdem er sie aus der Presse erfahren hat, umfänglich diskutiert, beraten und ausgewertet und er hat auch Versäumnisse, Fehler und

(Günter Neugebauer)

Verstöße gegen das **Haushaltsrecht** und das **Vergaberecht** erkannt und gemeinsam festgestellt. Da widerspreche ich dem, was Sie, Herr Kubicki, heute Morgen gesagt haben. Wenn es der Opposition also ausschließlich um die Sache ginge, dann könnte dieser Konflikt gemeinsam mit uns so, wie es seit vielen Jahren üblich ist, bewertet werden und gemeinsam mit anderen Bemerkungen des Landesrechnungshofs im Finanzausschuss bewertet, kommentiert und dem Parlament zur Entscheidung vorgelegt werden. Wenn es Ihnen um die Sache ginge, könnten wir so verfahren, wie wir seit Jahr und Tag üblicherweise gemeinsam verfahren.

(Beifall bei der SPD)

Die übrigen Vorwürfe, die sich mit dem Verhalten des ehemaligen Staatssekretärs Dr. Lohmann in der Frage des KLR-Komplexes befassen, könnten wir getrost den Organen überlassen, die dafür zuständig sind, nämlich der Staatsanwaltschaft, den Gerichten und vermutlich auch der dienstrechtlichen Aufsicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Kollege Neugebauer, dafür ist das Parlament auch zuständig!)

- Kollege Kubicki, hören Sie zu, was der - von uns nicht immer geschätzte - Kommentator der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“, Christian Hauck, in der „Landeszeitung“ am 30. Januar dieses Jahres nach vielen Sitzungen des Finanzausschusses festgestellt hat: „Die Vorwürfe gegen Finanzminister Möller sind in sich zusammengebrochen.“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war vor dem 7. Februar!)

Er schreibt von „einer Schmierkomödie.“ Er fragt, „ob hier etwa Landesrechnungshof und Teile der Opposition Hand in Hand gespielt haben.“

(Holger Astrup [SPD]: Wer weiß das schon!)

Wir wollen im Zusammenhang mit der Einführung und der Vergabe der KLR nicht alles schönreden. Das können wir auch gar nicht,

(Lachen bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Da können Sie nichts schönreden!)

Das können wir auch nicht, nachdem wir Defizite festgestellt haben. Herr Kayenburg, wir wollen aber auch nicht alles schlechtreden.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Das ist aber schlecht!)

Sie tun heute so, als hätten Sie immer schon Bedenken gegen die Einführung der KLR angemeldet. Richtig ist: Das Verhalten des ehemaligen Staatssekretärs

Dr. Lohmann ist für uns unerklärlich, um nicht zu sagen unerträglich.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das war es?)

- Herr Kayenburg, hören Sie doch zu, ich habe Ihnen heute Morgen auch zugehört. Ich freue mich aber, dass Sie mir wenigstens zuhören, auch wenn Sie mich immer unterbrechen.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das ist sehr logisch!)

Sein angebliches Nichtwissen über die Anzeigepflicht von Beratungsverträgen sowie die Beratungsverträge selbst hat auch uns in Erstaunen gesetzt. Ich kenne niemanden, wenigstens hat sich bei mir noch niemand gemeldet, der von diesen Verträgen gewusst hätte. Herr Kayenburg, ich fordere Sie auf, nicht nur mit Spekulationen zu arbeiten, sondern gegebenenfalls Ross und Reiter zu nennen, wenn Sie behaupten, andere hätten davon gewusst und es unterlassen, etwas zu tun.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Dafür gibt es ja den Untersuchungsausschuss! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das behauptet auch Dr. Lohmann!)

Die fehlende Aufsicht von Herrn Dr. Lohmann über die Aktenführung und die Dokumentation des **Vergabeverfahrens** nach § 30 VOL ist auch für uns unentschuldigbar. Dieses Verhalten muss auch nach unserer Auffassung strafrechtlich und dienstrechtlich geprüft und - soweit bestätigt, denn es gilt die Unschuldsvermutung, - entsprechend geahndet werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie wollen sich nur vor der politischen Aufarbeitung drücken!)

- Herr Kollege Kayenburg, zutreffend ist: Kein Thema hat den Finanzausschuss in den vergangenen sechs Jahren so intensiv beschäftigt wie die Einführung der Kosten-Leistungsrechnung oder - wie wir neuerdings sagen - die Einführung der Mittelbewirtschaftung und Kostenrechnung. Kein Thema hat uns so intensiv beschäftigt. Wir haben gemeinsam die Überzeugung vertreten, dass dies der Kostendeckung und der Modernisierung der Verwaltung dient und es dazu führt, dass auch bei den Beschäftigten der Verwaltung ein Kostendenken eintritt. Wir haben ein Symposium in diesem Hause durchgeführt. Wir sind gemeinsam in die Jugendherberge nach Speyer gefahren und wir waren uns einig,

(Lachen bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Es geht doch um die Sache!)

(Günter Neugebauer)

dass die KLR uns Abgeordneten bei Haushaltsberatungen helfen wird. Herr Kayenburg, lassen Sie sich sagen: Effizienzsteigerungen in der öffentlichen Verwaltung setzen die Kenntnis einer Kosten-Leistungs-Relation voraus.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee!)

Ich komme zu Ihrem Zwischenruf: Nach dem heutigen Wissensstand halte ich auch die Vergabe des Auftrags an SAP und debis für richtig und verantwortbar.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sehr mutig!)

Der Finanzausschuss hat sich in mehreren Sitzungen intensiv auch mit dem Vorschlag des externen Gutachters, der WIBERA, einer Nutzwertanalyse und den verschiedenen Rangstufen befasst. Herr Wiegard, auch wenn Sie damals noch nicht die Ehre hatten, dabei sein zu können, ist das nachlesbar. Wir haben die Vor- und Nachteile - -

(Martin Kayenburg [CDU]: Steht das im Protokoll?)

- Das steht alles im Protokoll, Umdruck 14/1883. Herr Kayenburg, ich empfehle Ihnen, dort nachzulesen. Wir haben alles das bewertet und wir haben uns einstimmig - ohne Widerspruch des Landesrechnungshofs - für debis/SAP entschieden, weil wir in das Produkt und die Kompetenz Zutrauen hatten. Wir haben uns für die Zukunftsfähigkeit eines Projektes entschieden.

Mir hat heute noch keiner gesagt, dass die Entscheidung der Vergabe an debis/SAP falsch gewesen ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Weil es bis heute keine Funktionskontrolle gibt!)

Wenn der **Präsident des Landesrechnungshofs** - ich kann leider nicht umhin, auch dazu einige Worte zu sagen - durch aktive Pressearbeit

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Was soll er sonst machen?)

und andere Verhaltensweisen von seiner damaligen Positionierung ablenken will, halten wir das nicht für korrekt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist eine Unterstellung! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Auch die bis in die letzten Tage, bis zur letzten Woche wiederholte Darstellung des Landesrechnungshofs über die angeblichen Kosten in Höhe von astronomisch 800 Millionen DM - längst widerlegt! - ist nicht in Ordnung. Ich denke, auch der Landesrechnungshof müsste sich zwischenzeitlich korrigieren und darf nicht immer wieder falsche Zahlen in die Welt setzen.

Der Landesrechnungshof, meine Damen und Herren von der Opposition, hat nach intensiver Zusammenarbeit im Finanzministerium, im Finanzausschuss und damit auch nach umfänglichen Kenntnissen uns vom Zuschlag der KLR an debis/SAP nicht abgeraten. Das ist ein Fakt, dem auch der Kollege Kubicki zustimmen müsste.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Der Landesrechnungshof hat uns leider auch erst nach drei Jahren darüber aufgeklärt, dass er bereits im Sommer 1998 der Auffassung war, dass die uns übermittelte Kündigungsklausel - § 8 des Rahmenvertrages - nicht dem Widerrufsvorbehalt des Finanzausschusses entsprach. Wir hätten uns gefreut, wenn wir damals, im Sommer 1998, über diese Bewertung des Landesrechnungshofs aufgeklärt worden wären.

Wir - das sage ich auch für meine Person - lassen uns von niemandem übertreffen im Einsatz für die Unabhängigkeit des Landesrechnungshofs.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wüsste ich aber!)

Aber der Landesrechnungshof oder - besser gesagt - die Spitze des Landesrechnungshofs gefährdet das Ansehen, diese Unabhängigkeit selbst,

(Klaus Schlie [CDU]: Vorsichtig!)

wenn er

(Widerspruch bei der CDU)

durch aktive Pressearbeit oder das Zusammenspiel mit der Opposition selbst aktive Politik betreiben will.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Unerhört! - Klaus Schlie [CDU]: Nicht ablenken! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Darüber wollen und werden wir im Untersuchungsausschuss reden, wie Sie unserem Ergänzungsantrag entnehmen können.

(Martin Kayenburg [CDU]: Über die Unverschämtheit werden wir noch einmal reden!)

Ich habe betont, dass wir nichts beschönigen wollen. Was falsch gemacht worden ist, werden wir falsch nennen. Auch wir bedauern, dass unentschuld bare Verstöße gegen das **Haushaltsrecht** und das **Vergaberecht** vorgekommen sind.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Tatsächlich?)

Das ist in der Tat inakzeptabel und darf sich in der Landesverwaltung nicht wiederholen. Ich denke, da sind wir uns einig.

(Günter Neugebauer)

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, wie wir es heute Morgen wieder von Herrn Kayenburg gehört haben, den Herrn Finanzminister persönlich dafür verantwortlich machen wollen, dass er die Aktenführung nicht überprüft hat, dass er sich nicht die korrekte, nach § 30 VOL vorschriftsmäßige Dokumentation des Vergabeverfahrens hat vorlegen lassen, stoßen Sie auf unseren Widerstand.

(Martin Kayenburg [CDU]: Warum denn?)

- Sie fragen, warum.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja!)

Sie wissen doch besser als andere außerhalb des Hauses, dass an der Spitze der Verwaltungshierarchie der Staatssekretär steht.

(Lachen bei der CDU)

Wir müssten einen Minister doch entlassen, wenn er nichts anderes zu tun hätte, als sich um die Aktenführung zu kümmern.

(Zurufe von der CDU)

Am Ende der Verwaltungshierarchie steht der Staatssekretär.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kalinka?

Günter Neugebauer [SPD]:

Ja, bitte schön.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf um ein bisschen mehr Ruhe bitten.

(Klaus Schlie [CDU]: Das fällt schwer! - Glocke des Präsidenten)

Das Wort erteilt der Präsident. Ich bitte um ein bisschen Ruhe. Das Wort zu einer Zwischenfrage hat jetzt der Herr Abgeordnete Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]: Herr Kollege Neugebauer, unabhängig von der interessanten Feststellung, wer jetzt verantwortlich ist, frage ich Sie: Ist Ihnen entgangen, dass es sich hierbei um eine Kabinettsentscheidung gehandelt hat?

Günter Neugebauer [SPD]:

Das Kabinett hat sich, glaube ich, nicht mit der Aktenführung zu befassen gehabt und hat auch nicht überprüfen müssen - ich denke, auch bei sonstigen Beschlüssen ist es nicht üblich, das zu fragen -, ob § 30 VOL Genüge getan worden ist. Sie sollten sich einmal darüber informieren, wie das in solchen Verwaltungen abläuft, Herr Kollege Kalinka, bevor Sie die nächste Zwischenfrage stellen.

(Lachen bei der CDU - Zuruf von der CDU: Wie das hier üblich ist!)

Für uns bleibt wichtig: Dem Land ist durch die Verstöße, die wir beklagen und bedauern,

(Klaus Schlie [CDU]: Wie sauber hier abgearbeitet wird, merken wir ja!)

kein finanzieller Schaden entstanden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das kannst du doch gar nicht behaupten!)

Nach dem jetzigen Stand der vorliegenden Gutachten und Erkenntnisse, Herr Kollege Kubicki,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Eine schlichte, dumme Behauptung!)

sind Ihre Behauptungen wie eine Seifenblase geplatzt. Sie sind auch, seitdem die Gegengutachten vorgelegt worden sind, ungewöhnlich still geworden.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir freuen uns, wenn Sie die Gutachten, die vom Finanzministerium vorgelegt worden sind, zur Kenntnis nehmen und gegebenenfalls für Ihre - hoffentlich fundierte - Rechtsmeinung vorlegen. Nach allem, was das Verhalten von Finanzminister Möller angeht, gilt trotz Ihrer Zwischenrufe, Kollege Kubicki, das, was Lothar Hay hier am 20. Februar gesagt hat, als Sie den Entlassungsantrag eingebracht haben. Finanzminister Möller genießt auch vor dem Hintergrund der heute vorliegenden Erkenntnisse das Vertrauen der SPD-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der SPD - Holger Astrup [SPD]: So ist es! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie werden demnächst abgewählt! Dann ist das kein Problem!)

- Du kommst doch gleich noch dran. Ich habe mir heute Morgen große Mühe gegeben zuzuhören. Du redest dauernd dazwischen. Das kostet nicht nur Redezeit. Ich muss mich auf das konzentrieren, was ich

(Günter Neugebauer)

Ihnen vortragen will, weil Sie einen Anspruch darauf haben, solide und seriös informiert zu werden.

(Lachen bei CDU und FDP)

Kollege Hay nickt.

Lassen Sie mich zum Abschluss meiner Ausführungen einige Bemerkungen zu meiner Rolle als künftiger Obmann der SPD-Landtagsfraktion im Untersuchungsausschuss machen.

(Zuruf von der CDU)

Dies ist - dem werden andere nicht widersprechen - keine Aufgabe, nach der man sich drängt. Ich wünschte mir in mehrfacher Hinsicht, mir und uns wäre das erspart geblieben. Das dürfen Sie mir abnehmen.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das war ehrlich!)

Wir haben nicht zu bestimmen, wie viel Zeitdauer dieser Untersuchungsausschuss in Anspruch nehmen wird. Das hat die Opposition in der Hand.

(Werner Kalinka [CDU]: Das ist auch gut so!)

Ich hoffe, Herr Kollege Oberaufklärer Kalinka, dass Sie nicht aus sachfremden Erwägungen das Untersuchungsverfahren über Gebühr in die Länge ziehen. Wir alle tragen eine gemeinsame Verantwortung für das Ansehen von Politik und Parlamentarismus gegenüber dieser Gesellschaft. Da ist durch das Handeln einiger Personen schon genügend Schaden entstanden, dem wir keinen weiteren Schaden zufügen sollten. Da sind wir uns wohl einig.

Wir sollten auch der Versuchung widerstehen, aus dem Fehlverhalten einiger Personen und ihrer Parteizugehörigkeit Schlussfolgerungen bezüglich der Partei zu ziehen. Das lassen wir nicht durchgehen, zumal es leider in allen Parteien Menschen gibt, die ihr politisches Mandat für private, sachfremde Zwecke missbraucht haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das schicken wir mal nach Berlin!)

Lassen Sie mich also bei allem, was uns politisch trennt, feststellen: Wir tragen im Untersuchungsausschuss eine große Verantwortung.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Menschen erwarten von uns, dass wir keinen Wahlkampf machen, sondern dass wir uns gemeinsam an der sachlichen Aufklärung beteiligen. Ich verspre-

che: Wir werden uns um eine umfassende und gründliche Aufklärung bemühen

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Donnerwetter!)

ohne Ansehen der Person. Mit uns wird es keine Veruschung von Erkenntnissen geben. Meine Damen und Herren, darauf können Sie sich verlassen. Sie können sich aber auch darauf verlassen, dass wir den Missbrauch des Untersuchungsausschusses für sachfremde Erwägungen wie zum Beispiel Wahltermine nicht zulassen werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Wir treten in die Mittagspause ein. Wir treffen uns um 14:00 Uhr wieder.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:00 bis 14:03 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen. Wir setzen die Sitzung fort. In der Aussprache hat als Nächste Frau Abgeordnete Heinold das Wort.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Der Herr Abgeordnete Kubicki steht als Nächster auf der Liste. Wenn Sie sich anders einigen - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ladys first!)

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rede selbstverständlich gern vor der FDP. Ich mache es auch kurz. Ich freue mich auf die Mitarbeit im parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

(Holger Astrup [SPD]: Ach, du bist das!)

Ich schätze den zukünftigen Vorsitzen Thomas Stritzl.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was? - Weitere Zurufe)

Ich werde mich im Interesse der Gesellschaft und des Landes natürlich dafür einsetzen, dass wir alle gemeinsam zur notwendigen Aufklärung beitragen. Ich habe ein hohes Interesse an einer zügigen Abarbeitung und Aufarbeitung.

Sollte die CDU im parlamentarischen Untersuchungsausschuss die Sacharbeit vor die Selbstdarstellung stellen, so wäre das ein Novum in Schleswig-Holstein.

(Monika Heinold)

Ich lasse mich überraschen und ich hoffe, dass wir nicht unter allzu vielen Abgeordneten leiden, die als vorderstes Interesse die Selbstdarstellung haben. Ich gehe aber davon aus, dass wir erst nach dem 14. Mai richtig mit der Arbeit im Untersuchungsausschuss anfangen und dass das dann auch etwas wird. In dem Sinn warten wir auf die Arbeit. Ein Urteil gebe ich erst nach den Sitzungen des Ausschusses, wenn ich die Sache insgesamt beurteilen kann, ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich Herrn Abgeordneten Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe von mir sehr geschätzte Frau Kollegin Heinold, der tiefere Sinn Ihrer Ausführungen hat sich mir bedauerlicherweise nicht ganz erschlossen. Aber das muss möglicherweise auch nicht sein. Sie waren wahrscheinlich überrascht davon, dass Sie vor mir reden mussten.

(Heiterkeit)

Das hat Sie dann zu der Erkenntnis gebracht, dass Sie doch eine herzliche Beziehung zum Kollegen Stritzl haben.

Aber ich muss einfach noch einige Sachen

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

- ich bin da gar nicht neidisch -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Finde ich auch! Das ist nötig!)

klar- und richtigstellen, weil ich denke, dass Sie in der Debatte nicht einfach so unbeantwortet bleiben dürfen; denn sonst wird man später wieder dafür in Haft genommen, dass man es nicht richtiggestellt hat.

Frau Ministerpräsidentin, es ist immer gut, die FDP zu zitieren, vor allen Dingen auch, sie dafür in Anspruch zu nehmen, dass man sich selbst auf einem guten Weg befindet. Aber ich lege doch großen Wert darauf, dass wir dann vollständig zitiert werden. Da ich weiß, dass Sie das nicht selbst nachgelesen haben, sondern haben nachlesen lassen, untermauert das, was ich gleich sagen werde, meine Kritik an Ihrer Staatskanzlei. Sie ist schlicht und ergreifend grottenschlecht, weil sie Sie mit Informationen versorgt, die nicht zutreffend sind.

In der Plenardebatte am 12. Dezember 1996 hat die FDP mitnichten erklärt, Frau Ministerpräsidentin, dass

das Drehbuch EXPO ein hervorragendes sei und Sie über einen herausragenden Regisseur verfügten, sondern wir haben unter der Überschrift - das gebe ich noch einmal mit - „Beteiligung an EXPO 2000 ja, aber nicht als Modellkomposthaufen“

(Beifall bei der FDP)

einen Satz geprägt, der vollständig zitiert deutlich macht, dass wir damals das genaue Gegenteil von dem gesagt haben, was Sie uns heute hier zu suggerieren versucht haben. Der Satz lautet:

„Denn es reicht nicht aus, ein spannendes Drehbuch zu verfassen und einen guten Regisseur mit der brillanten Umsetzung zu beauftragen, wenn das Dargestellte am Ende mit der Realität gar nichts zu tun hat.“

Das ist das vollständige Zitat. Vielleicht ist das ein Teil des Problems, Frau Ministerpräsidentin, dass Ihnen die Wirklichkeit immer nur noch selektiv zur Verfügung gestellt wird.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben in Ihrer für mich durchaus bemerkenswerten Rede bei einer Sachverhaltsdarstellung nach wie vor die Frage unbeantwortet gelassen, wie Sie eigentlich mit Mitarbeitern umgehen, die Sie über wesentliche Dinge, die in Ihrem unmittelbar Verantwortungsbereich geschehen, nicht unterrichten.

Ich will Ihnen das kurz sagen. Wenn einer meiner Mitarbeiter der FDP-Landtagsfraktion irgendwo hinfahren würde und ohne mein Wissen, ohne Vollmacht der Fraktion, im Namen der FDP-Landtagsfraktion was auch immer für Erklärungen abgeben würde - das weiß bei uns jeder, deshalb tut es gar keiner -, würden wir ihn rausschmeißen. Jemand, der sich etwas anmaßt, was ihm nicht zusteht, ist als Mitarbeiter nicht mehr zu tragen.

Sie haben nicht erklärt, warum das mit Herrn Pröhl nicht geschehen ist, warum nicht mindestens eine arbeitsrechtliche Abmahnung erfolgt ist. Das wäre doch das Mindeste bei jemanden gewesen, der nach draußen etwas tut, was Sie so nicht wollen, was Sie so nicht erlaubt haben.

Sie haben nach wie vor keine Erklärung dafür abgegeben, warum beispielsweise Herr Dr. Büchmann am 5. Juli 2001 - am 5. Juli 2001! - nach eigener Erklärung mit Herrn Dr. Pröhl Diskussionen darüber führt, dass er anschließend in die Privatwirtschaft gehen will, zu einem Hamburger Unternehmen. Nun kann man sagen: Das ist nicht weiter wichtig. Aber wenn ausgerechnet dieses Unternehmen, um das es geht, doch nicht um Peanuts, sondern um eines der wesentlichen Objekte, die wir veräußern, nämlich das Schloss in

(Wolfgang Kubicki)

Kiel mit seiner wirklich massiven Bedeutung, mit dem Land verhandelt, dann muss doch die Frage erlaubt sein: Was müssen Sie eigentlich von Mitarbeitern halten, die möglicherweise nicht den Mumm oder nicht das Bewusstsein haben, sich mit diesem Problem, das zu einem politischen Problem werden kann, an Sie zu wenden, um mit Ihnen darüber zu reden, dass hier ein politisches Problem entstehen kann? Ich erwarte von Mitarbeitern der Staatskanzlei schlicht und ergreifend, die ja alle mit 130 Punkten und mehr bewertet worden sind, dass sie jedenfalls so viel Sensibilität aufweisen, dass sie Sie nicht im Regen stehen lassen oder des Risikos aussetzen, sich jetzt mit Situationen konfrontiert zu sehen, die vermeidbar gewesen wären, wenn damals anders entschieden worden wäre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktion, ich habe heute Morgen sehr wohl von der parlamentarischen Bedeutung gehört, von dem Rechtsstaat, von der Notwendigkeit der Sachaufklärung. Wann denn sonst, Kollege Neugebauer, wann denn sonst, Kollege Hay, wenn nicht in solchen Situationen soll ein parlamentarischer Ausschuss eingesetzt werden?

Wir würden uns doch der Möglichkeiten, die wir haben, der Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gerecht zu werden, berauben und das nicht ernst nehmen, wenn wir angesichts der Tatsache, dass die Spitze der Regierung massiven Vorwürfen ausgesetzt ist, denen parlamentarisch nicht nachgehen und einfach sagen, das ist Aufgabe der Staatsanwaltschaft, des Dienstherrn und so weiter. Es ist unsere Aufgabe, die Frage zu stellen, wie es eigentlich möglich sein konnte - ich glaube der Ministerpräsidentin ausdrücklich; niemand von uns hat jemals gesagt, dass wir sie krimineller Taten verdächtigen -, dass über drei Jahre hinweg Persönlichkeiten, die sie heute, um es freundlich zu formulieren, als schillernd bezeichnet - sie hat deutlichere Worte gebraucht -, so in ihre unmittelbare Nähe kommen konnten.

Ich sage noch einmal: Wenn es den 28. Februar 2002, Kollege Neugebauer, nicht gegeben hätte, hätten wir möglicherweise das Schloss in Kiel an diese Personengruppe veräußert und jetzt ein großes Problem, von dem wir uns möglicherweise als Parlament nicht mehr erholen würden. Es muss also unsere Aufgabe sein, dies zu tun.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dass parlamentarische Untersuchungsausschüsse auch politische Kampfinstrumente sein sollen und sind, versteht sich von selbst. Das ist der Sinn ihrer Einrichtung. Frau Kollegin Heinold, ich wäre sehr zufrieden, wenn alle mit der Sachlichkeit an die Sache herangehen würden wie ihr Kollege Ströbele im Berliner

Untersuchungsausschuss. Wir dürfen aber auch nicht blauäugiger sein, als wir alle sind. Selbstverständlich wird die Opposition versuchen, der Regierung ans Zeug zu flicken. Das ist ihre Aufgabe. Selbstverständlich werden die regierungstragenden Fraktionen versuchen, die Regierung zu verteidigen. Das ist ihre Aufgabe.

Darüber hinaus gibt es aber einige wesentliche Gemeinsamkeiten - darauf lege ich großen Wert -, von denen ich glaube, dass sie sich auch im Untersuchungsverfahren bewähren werden. Der Kollege Neugebauer hat eines angesprochen. Das ist gar nicht so üblich. Herr Kollege Neugebauer, ich möchte dich nach langer Parlamentszugehörigkeit persönlich ansprechen, weil ich das wirklich glaube. Ich kenne dich gut genug. Selbstverständlich haben wir festgestellt, und zwar unisono - das will ich gar nicht weiter wert -, dass gegen das **Vergaberecht**, gegen das **Haushaltsrecht** durch das Finanzministerium verstoßen wurde. Wir haben dafür aber 14 Tage gebraucht, weil diese Regierung, die ihr bedauerlicherweise verteidigt, und zwar aus Gründen, die mir nicht nachvollziehbar sind, über Wochen hinweg erklärt hat, es sei alles in Ordnung, es sei alles mit rechten Dingen zugegangen. Das heißt, dieses ganzen Aufwandes im parlamentarischen Raum hätte es gar nicht bedurft, wenn der Finanzminister den Mut gehabt hätte, zu sagen: Leute, so ist es. Ich führe die Akte nicht, aber ich sehe auch, was das für eine Schlaperei ist. Das wird nicht wieder passieren.

Aber das Gegenteil ist der Fall gewesen. Es ist uns erklärt worden, es sei alles in Ordnung. Das Kabinett sei vollständig unterrichtet worden. Der Vergabebericht liege ja in Form einer Kabinettsvorlage vor. Wir wissen heute, dass es genau dies war, was bei uns Misstrauen erzeugt hat und was zu Ermittlungen geführt hat, die vermeidbar gewesen wären. Ich würde mir wünschen - aber ich glaube nicht mehr daran, weil von den Beteiligten schon viel zu viele öffentliche Erklärungen abgegeben worden sind, die nicht mehr rückholbar sind -, wir würden am Ende des Untersuchungsausschussverfahrens feststellen, dass tatsächlich einige Behörden, Ministerien und die Staatskanzlei in bestimmten Bereichen schlampig gearbeitet haben.

Aber ich befürchte - das sage ich ausdrücklich -, dass ausgerechnet diejenigen, über deren Unschuldsvormutung wird heute geredet haben, die jedoch bei einigen Debattenbeiträgen aus den Regierungslagern nicht mehr galt, uns eines Besseren belehren werden. Denn eines muss uns klar sein, Herr Kollege Neugebauer: Wenn es stimmt, was wir vermuten, dass sich hier möglicherweise Leute mit einer Energie, von der Herr Hay und ich wahrscheinlich gemeinschaftlich sagen

(Wolfgang Kubicki)

würden, sie sei kriminell, über Jahre hinweg an die Ministerpräsidentin herangerobbt haben, dann haben Sie ausreichend Munition an der Hand, um damit Politik zu betreiben und damit das Ansinnen der parlamentarischen Demokratie weiter zu beschädigen. Darüber müssen die Regierungsfractionen und wir alle insgesamt nachdenken.

Ich sage für meine Fraktion ausdrücklich zu, dass wir sehr behutsam und sehr sorgfältig mit all den Dingen, die zur Sprache kommen, umgehen werden. Das gilt für die Betroffenen und für die, die im politischen Raum tätig sind, weil wir wissen - hier unterstreiche ich das, was der Fraktionsvorsitzende der SPD heute Morgen gesagt hat -, dass wir in der Gefahr stehen, das parlamentarische System insgesamt zu beschädigen, wenn wir nur aufeinander einschlagen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Minister Möller das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist heute Morgen wiederholt gesagt worden: Untersuchungsausschüsse sollten weniger eine Bühne für Wahlkampf und Selbstdarsteller sein, als vielmehr die Möglichkeit bieten, jenseits des Tagesgeschäftes sachgerecht, sorgfältig, ausführlich und trotzdem zügig verschiedene Sachverhalte zu klären, Zusammenhänge zu erkennen und vielleicht sogar einer gemeinsamen Bewertung zuzuführen. Ich hoffe, dass es in diesem Fall so sein wird.

Für das Finanzministerium, für mich sage ich zu, wie in den drei Sitzungen des Finanzausschusses, die wir gehabt haben, auch im Untersuchungsausschuss alles zu tun, was die Aufklärungsarbeit erfordert. Herr Kubicki, ich wäre Ihnen allerdings dankbar gewesen, wenn wir schon bei der Redlichkeit sind, wenn Sie heute Morgen nicht den Eindruck erweckt hätten, mein Staatssekretär Döring hätte am 13. Oktober die Zeitung nicht gelesen. Sie wissen genauso gut wie ich, dass Herr Döring am 7. März ausführlich dazu Stellung genommen hat. Ich verweise auf das Protokoll über die nichtöffentliche Sitzung des Finanzausschusses.

Was die Aufklärung angeht, gibt es natürlich die Einschränkung, dass gegen den ehemaligen Staatssekretär Herrn Dr. Lohmann sowohl dienstrechtliche Schritte als auch staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren eingeleitet sind. Solange Letzteres nicht abgeschlossen ist, ist das Disziplinarverfahren ausgesetzt. Den Ergebnissen will und kann ich nicht vorgreifen. Das

schließt natürlich die Aufklärung in der Sache nicht aus. Aber ich freue mich, dass hier wiederholt gesagt worden ist, dass, zumindest was den Korruptionsvorwurf angeht, auch für Herrn Lohmann die Unschuldsvermutung gilt, solange das Verfahren nicht abgeschlossen ist.

Nachdem hier aus verschiedenster Sicht zum Themenkomplex **SAP** etwas gesagt worden ist, lassen Sie mich auch aus meiner Sicht verdeutlichen, worum es ging. Als eines der ersten Länder hat Schleswig-Holstein Mitte der 90er-Jahre den Versuch unternommen, das bisherige System des ausschließlich ausgabenorientierten kameraleen Rechnungswesens um die Einbeziehung der Kosten- und Ergebnismittlung zu ergänzen. Über die Notwendigkeit einer derartigen, wie ich es gesagt habe, Kulturrevolution in der Haushaltsbetrachtung bestand und besteht ein parteiübergreifendes Einvernehmen nicht nur im Bund und in den Ländern, sondern auch in diesem Hause, das durch vielfältige Beschlüsse des Finanzausschusses, die ich im Einzelnen nicht wiederholen will, nachhaltig bekräftigt wurden.

Von Beginn an war allen Beteiligten in diesem Hause klar, dass dieses Unternehmen beträchtliche Investitionen erfordern würde, die sich jedoch aufgrund der zu erwartenden besseren Steuerungsmöglichkeiten insbesondere nach Einführung der outputorientierten **Budgetierung** rechnen werden. Gerade wegen der großen politischen und finanziellen Bedeutung dieses Vorhabens ist das Parlament seit 1997 und der Rechnungshof über jeden Schritt der Landesregierung informiert worden, um gegebenenfalls steuernd einzugreifen.

Ich kann Ihnen sagen: Der **Rechnungshof** hat das auch getan. Der Rechnungshof hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, sodass die entscheidende Finanzausschussvorlage, die Drucksache 14/1883, aufgrund eines Gespräches mit der Spitze des Rechnungshofes im Hinblick auf die Darstellung von Wirtschaftlichkeit und Kosten ausführlich erweitert worden ist.

Ich habe aufgrund von Erfahrungen mit früheren Großprojekten im IT-Bereich Wert darauf gelegt, dass Schleswig-Holstein nicht Sonderwege geht, auf denen uns später niemand folgt. Wir wollten möglichst Lösungen, die sich im Verbund mit anderen Ländern realisieren lassen, und zwar auch deshalb, weil ich wirklich etwas unter dem Trauma stehe, dass sich Schleswig-Holstein - das war die Vorgängerregierung - einmal auf einem Einzelweg deutlich übernommen hat. Wir unterhalten in der OFD ein eigenes Softwarehaus für die Gesamtprogrammierung unseres komplizierten Steuersystems. Das leistet sich sonst nur Nordrhein-Westfalen. Alle anderen machen das in Verbänden. Diese Entscheidung ist einmal getroffen. Sie ist

(Minister Claus Möller)

sehr teuer. Insbesondere Schleswig-Holstein hat zu denen gehört, die massiv darauf drängen, dass wir ein bundesweit einheitliches Programmierungsverfahren FISCUS erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Letztlich - auch dafür stehe ich politisch - war es das Anliegen der Landesregierung, einen Partner zu finden, der in der Lage ist, uns auf unserem Wege zu einer umfassenden Modernisierung des Haushaltswesens mit den erforderlichen sachlichen und personellen Kapazitäten langfristig verlässlich zu begleiten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eine kurze Zwischenbilanz ziehen: Wo stehen wir? Das für die öffentliche Verwaltung weiterentwickelte System SAP R/3, das ja in der freien Wirtschaft ein gängiges Verfahren ist, wird in unterschiedlicher Ausprägung inzwischen in 14 Bundesländern eingesetzt. Hervorzuheben sind insbesondere Bremen, Hamburg und Baden-Württemberg, in denen ähnlich wie in Schleswig-Holstein ein integratives Mittelbewirtschaftungs- und Kostenrechnungssystem eingesetzt wird.

Darüber hinaus wird es in den Städten Dortmund, Leverkusen, Stuttgart, Bielefeld, Wolfsburg, München, Münster, Bonn, Halle, Mannheim und Esslingen sowie in den Landschaftsverbänden Rheinland und Ost-Westfalen vom Prinzip her eingesetzt.

(Unruhe)

Mit dem Projektmanagement durch debis und der entwickelten Software von SAP hat sich das Land für ein zukunftssicheres Verfahren entschieden. Mit Genugtuung können wir feststellen, dass sich dieses System bei uns schrittweise zu einem Standardverfahren für die öffentliche Verwaltung entwickelt hat und weiterentwickeln wird. Vier Länder sind bereits dabei.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nun lenken Sie doch nicht dauernd ab! - Anhaltende Unruhe)

Das Kernstück ist die dezentrale Mittelbewirtschaftung und die Ablösung des alten HKR-Verfahrens. Die **dezentrale Mittelbewirtschaftung** ist in Schleswig-Holstein seit dem 1. Oktober 2001 flächendeckend eingeführt. Die Arbeit mit dem Verfahren ist unproblematisch.

Der zweite Punkt ist die **Kosten- und Leistungsrechnung**. Diese wird zurzeit in 70 Pilotbehörden eingeführt. Auch in diesen Behörden ist das Verfahren kein Problem. Das System funktioniert und läuft.

Übergangs- und Einführungsprobleme gab es beim **Kassenverfahren**. Heute können wir auch hier sagen: Das Tagesgeschäft läuft. Nur, die Umstellung auf kaufmännische Buchung war hier ein Anfangsproblem.

Herr Kubicki, wir werden darüber im Finanzausschuss berichten. Hier gilt es noch Rückstände abzarbeiten.

Die finanziellen Belastungen im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Systems liegen weit unter unseren ursprünglichen Annahmen. Es war richtig, zunächst eine konservative Kostenbetrachtung vorzunehmen. Wir haben das Parlament und den Rechnungshof vor jedem wichtigen Verfahrensschritt über unsere Absichten unterrichtet und Anregungen von dieser Seite beim weiteren Vorgehen berücksichtigt.

Ich verweise ausdrücklich darauf, dass wir auch in unserer Stellungnahme eingeräumt haben, dass es Fehler gegeben hat. Es ist die nicht vollständige Dokumentation. Auf den Vorwurf des Rechnungshofs, es habe haushaltsrechtliche Fehler gegeben, bleibe ich dabei, was ich im Ausschuss zu Protokoll gegeben habe: Unsere Mitarbeiter, die dafür zuständig waren, waren wirklich der Auffassung, es sei ein laufendes Verfahren und könnte so gehandhabt werden. Aber nach der Kritik des Rechnungshofs gestehen wir ein, dass wir in Zukunft anders verfahren werden.

Schließlich ist nicht zu leugnen, dass ein formal korrekter **Vergabevermerk** fehlt. Zwar stellen die vorhandenen Unterlagen, insbesondere die Finanzausschussvorlage, das Vergabeverfahren ausführlich dar, enthalten aber nicht alle Angaben, die für einen Vergabevermerk nach der VOL vorgeschrieben ist. Sie können diesen auch nicht ersetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das ist bedauerlich, gerade im Finanzministerium. In der Tat trage ich dafür die Verantwortung und ich werde sie auch im Untersuchungsausschuss vertreten.

Wir haben bei diesem Projekt - sicherlich eines der umfassendsten Verwaltungsmodernisierungsverfahren - erkannt, dass es sich bei dem Vergabeverfahren um eine komplexe Materie handelt. In vielen großen Bereichen unserer Verwaltung, in denen das ordentliche Vergabeverfahren zum täglichen Geschäft zählt - Straßenbauverwaltung, Bauverwaltung, GMSH -, wird das Vergaberecht natürlich ordnungsgemäß angewandt. Es gibt aber Bereiche, in denen das Vergabeverfahren eher die Ausnahme ist. Hier müssen und haben unsere Maßnahmen nach diesem Fehler eingesetzt. Es wird einen **Vergabeleitfaden** mit einer klaren Checkliste für die gesamte **Landesverwaltung** geben - er befindet sich bereits in der Ressortabstimmung - die Staatskanzlei plant Inhouse-Seminare zu dem Thema und bei größeren Projekten eine ständige Begleitung durch Fachleute für Vergaberecht, wie wir es jetzt mit der GMSH machen. Ich freue mich, dass

(Minister Claus Möller)

auch andere Ressorts auf den Sachverstand der GMSH zurückgreifen.

Dennoch bleibe ich dabei: Wichtig ist doch auch - formale Verstöße will ich nicht kleinreden -, dass der wesentliche Sinn und Zweck eines ordentlichen Vergabeverfahrens, nämlich die Nachvollziehbarkeit der Entscheidung und die Transparenz des Verfahrens, beachtet worden sind. Mit der Kabinettsvorlage sowie den ausführlichen Behandlungen im Kabinett und im Finanzausschuss ist die Entscheidung zugunsten von debis/SAP unter Abwägung aller Gesichtspunkte transparent begründet worden. Ich kenne kein Vergabeverfahren, das in drei Finanzausschusssitzungen so intensiv und teilweise kontrovers unter Beteiligung des Rechnungshofs beraten wurde und letztlich zu einer einmütigen Zustimmung geführt hat.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Auch in den Außenbeziehungen für die sonstigen Beteiligten gibt es nach damaligem Recht - das Recht ist inzwischen geändert worden - nichts zu beanstanden: Der Vertrag ist rechtswirksam und aus dem Verfahren ergeben sich für das Land vonseiten der übrigen Mitbewerber aus meiner Sicht keine nachteiligen Rechtsfolgen. Diese haben wir juristisch sorgfältig prüfen lassen. Es wird gegen das Land keine Schadensersatzforderungen geben.

Meine Damen und Herren, wie Sie spätestens seit der Presseerklärung des Rechnungshofs vom 26. Januar wissen, ist der Rechnungshof der Ansicht, die Gesamtkosten innerhalb von 15 Jahren betragen 419 Millionen € und dem Land sei ein Schaden von 511.000 € entstanden. In seinen Bemerkungen 2002 wiederholt er diese Vorwürfe. Dass er trotz umfangreicher Erklärungen des Finanzministeriums nicht ein Jota von seiner damaligen Auffassung abweicht, zeigt auch die Tücken seiner öffentlichen Vorfestlegung.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD], Konrad Nabel [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Dem Rechnungshof konnte bei seiner ersten vorläufigen Stellungnahme nicht bekannt sein, dass eine gegenüber den ursprünglichen Planungen reduzierte Anwendungstiefe der Kosten- und Leistungsrechnung in einigen Behörden den Personalbedarf vermindern wird und nach unserer Auffassung damit die Gesamtkosten für 15 Jahre auf voraussichtlich 238 Millionen sinken werden. Das bleibt die Messlatte, die zu überprüfen sein wird. Über den genauen Minderbedarf kann man sicherlich unterschiedlicher Auffassung sein, die vollständige Nichtberücksichtigung bleibt aus meiner Sicht aber unverständlich.

Der Rechnungshof nimmt bei seinen Vorwürfen beharrlich nicht zur Kenntnis, dass sich die Möglichkeit von **Synergieeffekten** auch bei debis ergeben hat. Er ignoriert, dass unser Vertragspartner debis und nicht SAP war und er ignoriert den Nachweis, dass der Beginn von Lizenzpflege und deren Kosten üblicherweise mit dem Kauf dieser Lizenzen und nicht erst ab Nutzungsbeginn einsetzt. Unser Vertrag sorgt dabei noch dafür, dass die Zahlungen der Gebühren erst verzögert und gestaffelt einsetzen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! Sie verstehen von SAP nichts!)

Den Preisnachlass im Innenverhältnis zwischen diesen beiden Partnern, unserem Vertragspartner und dem Subunternehmer, die sich das teilen, muss auch der Rechnungshof akzeptieren.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wer diese Fakten nicht zur Kenntnis nehmen will, kann die rein fiktiven Mehrkosten weiter anprangern. Nach meiner Auffassung ist dem Land kein Schaden, schon gar nicht in der vom Rechnungshof benannten Höhe entstanden.

Wir haben eine wirtschaftlich sinnvolle und zukunfts-trächtige und damit richtige Entscheidung getroffen. Die Entscheidungen haben wir nachvollziehbar getroffen und - ich meine auch - gerade gegenüber dem Parlament wie bei kaum einem Vergabeverfahren transparent erläutert. Die Wünsche des Rechnungshofs und die Anforderungen des Finanzausschusses wurden - soweit möglich und rechtlich zulässig - berücksichtigt. Die vereinbarten **Kündigungsmöglichkeiten** sind für das Land - wie wir meinen - wirkungsvoll geregelt und entsprachen der Intention des Finanzausschusses.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Quatsch!)

Meine Damen und Herren, die Entscheidung für debis/SAP war richtig. Das Verfahren ist gegenüber dem Parlament und dem Rechnungshof transparent dargestellt worden. Dem Land Schleswig-Holstein ist kein finanzieller Schaden entstanden.

Das ist mein Fazit. Ich denke, zu meiner Verantwortlichkeit und zu den Fehlern, die passiert sind, habe ich mich deutlich erklärt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Ich weise zunächst darauf hin, dass nach Artikel 18 Abs. 1 Satz 1 der Landesverfassung der Landtag verpflichtet ist, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, wenn der Antrag von einem Fünftel der Mitglieder des Parlaments unterstützt wird. Ich stelle fest, dass der Antrag der Fraktion der CDU von einer ausreichenden Zahl von Abgeordneten unterstützt wird.

Wir kommen jetzt zu der Beschlussfassung nach § 2 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 15/1803 (neu), abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1785, mit den soeben beschlossenen Ergänzungen abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dies ist ebenfalls einstimmig angenommen. Ich stelle fest, dass der Untersuchungsausschuss damit eingesetzt ist.

Meine Damen und Herren, mir bleibt jetzt nur noch, die Sitzung zu schließen und bekannt zu geben, dass die nächste ordentliche Tagung des Landtages am 15. Mai beginnt. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Nachmittag.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14:32 Uhr